

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierjährlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Angetragen in die
Poststättungsliste Nr. 0482.

Einzelne Preise:
50 Pf. für die 3 geplante
Zeitung.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Vorlesungszeit: Nr. 888 15. Vorlesungsdienstag Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5.22.81.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress.

1. Verhandlungstag (Fortschreibung).

Der jetzt eingetroffene Vertreter der französischen Gewerkschaften Bonn überbrachte die herzlichsten Grüße der französischen Gewerkschaftsgenossen und betonte dann, daß man in Frankreich an den Arbeiten des deutschen Gewerkschaftskongresses großen Anteil nimmt, weil sie ein Stück internationaler Arbeit gegen die kapitalistische Diktatur und zur Verstärkung der Völker sind.

Darauf erläuterte Höllermann den

Bericht des Mandatprüfungskomitees.

Dann kam 282 Delegierte anwesend, außerdem vom Bundesvorstand 30 Mitglieder und Angestellte sowie 16 Beiratssekretäre. Entsprechend dem Antrag der Mandatprüfungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Fortschreibung der Aussprache über den Vorstandsbereich.

Mietz (Berlin) berichtete über den Kampf in der Herrenkommission, an dem jetzt 35 000 Arbeiter und Arbeitnehmer beteiligt sind.

Brandes (Stuttgart): Die Frage der Industrieverbände ist auf dem Breslauer Kongress zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Der Bundesvorstand sollte aber mehr darauf achtet, daß auch nach dem Breslauer Beschlüssen gehandelt wird. Schleicher's Ausspruch über das Arbeitsrecht kann man nur unterstützen. Notwendig ist aber, daß auch die Funktionäre sich viel mehr mit dem Arbeitsrecht vertraut machen, damit dies Recht nicht zu einer Spezialgewerkschaft für wenige wird. Schleicher's Ausführungen über das Schlichtungswesen können wir nicht gutheißen. Wenn wir Tarifrecht schaffen wollen, dann kommt es doch wesentlich darauf an, daß auch zwei Parteien vorhanden sind, die für ein solches Recht sind. Das ist leider noch nicht überall der Fall. Der Unwillen über das Schlichtungswesen wird sehr erheblich durch das Verhalten der Schlichter hervorgerufen.

Schlußwort des Bundesvorstandes.

Darauf erhielt Peter Graumann (Berlin) das Schlußwort für den Bundesvorstand. Er ging zunächst auf die Frage der Industrieverbände ein und wies den Vorwurf zurück, daß die Masse zwar Verschmelzungen wolle, die Führer aber solche Zusammenschlüsse hinterbreiten. Mehrere Beispiele, die der Redner ansführte, beweisen, daß das nicht der Fall ist. Es wird dann gefordert, daß wir in der tarifvertraglichen Festlegung des Achtstundentages nicht nachlassen sollen. Diese Forderung ist durchaus abwegig, denn Bundesvorstand ist kein Fall behaftet, wo das nicht geschehen wäre. Es ist im übrigen bezüglich des Schlichtungswesens immer betont worden, daß niemals eine Aufhebung, sondern lediglich eine Reform in Frage kommen kann. Auf die Anfrage der Kommunisten kann erwidert werden, daß die Gewerkschaften nie nach der Weltunterwerfung ihre Mitglieder behandeln, sondern nur nach ihrem Verhalten, das sie aus ihrer Weltanschauung heraus bestimmen. Entscheidend für die Gewerkschaften ist, daß sie sich von außerhalb stehenden Körperschaften ihre Handlungen nicht vorschreiben lassen können und wollen; das gilt für die Kommunisten ebenso wie für die übrigen Mitglieder. Wir begrüßen, wenn im allgemeinen anerkannt wurde, daß geschehen ist, was möglich war. Damit wird auch gezeigt, daß wir nicht mißmachen sollen, sondern anerkennen müssen, daß es in der Gewerkschaftsarbeit wirklich unaufhaltlich vorwärts und aufwärts gegangen ist. (Lebhafte Beifall)

Einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung des Vorstandes und Ausschusses zur

gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht:

Der 18. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Kraft zu eigen, die der Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 16. Februar 1927 an dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes geäußert hat. Er richtet erneut die Forderung an Reichsregierung und Reichstag, durch das Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig auf acht Stunden täglich zu begrenzen. Der Kongress stellt fest, daß die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit, wie sie zuletzt durch das Arbeitszeitgesetz vom 8. April 1927 getroffen worden ist, weit entfernt ist von den Forderungen, die die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit erhoben haben.

Die Gewerkschaften wollen, daß der Grundzustand des Achtstundentages, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten wage, in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeführt wird.

Die Forderung erhebt der Kongress auch gegenüber dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, der infolge der zahlreichen Ausnahmen keineswegs eine Garantie für die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages gibt. Eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs erfüllt nicht einmal die Bedingungen des Washingtoner Abkommens. Der Kongress erklärt aber erneut, daß er die

Washingtoner Abkommen als ein Mindestprogramm auf dem Gebiete der Arbeitszeit betrachtet. Er erwartet von der Regierung und vom Reichstag, daß gleichzeitig mit der Verabsiedlung des Arbeitszeitgesetzes das mehrfach gegebene Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst wird. Er appelliert aber auch an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht durch Verhandlungen über Änderung der Konditionen zu verzögern.

Vom deutschen Arbeitszeitgesetz erwartet der Kongress eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitsmarktes. Dabei erscheint ihm unerlässlich die völlige Umgestaltung des die Arbeitsaufsicht behandelnden Abhängiges zu einer Reichsarbeitsaufsicht, deren Aufbau im einzelnen in dem vom ADGB und dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband veröffentlichten Gegenentwurf dargestellt ist. In dieser Reichsarbeitsaufsicht müssen die Durchführungsbehörden des Arbeitszeitgesetzes zusammengefaßt, die Arbeitsaufsicht vereinheitlicht und eine Selbstverwaltung in sie eingeschaltet werden. Der Kongress erwartet, daß Regierung und Reichstag nicht bei Haltbeinen stehen, sondern die vorgeschlagene große Reform auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht durchführen werden. Weiter sind die Gewerk-

schaften der Auffassung, daß schon nach dem heutigen Stand der Technik und der Arbeiterorganisationen sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt und wirtschaftlich fragbar wäre. Mit dem weiteren Fortschreiten der Rationalisierung muß diese Forderung immer dringlicher werden.

Angenommen wurden auch folgende Entschließungen des Bundesvorstandes und Ausschusses zur

Arbeitsmarktpolitik:

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Vermittlung und Beschaffung von Arbeit sowie die Unterstützung der Arbeitslosen auf eine neue Grundlage gestellt. Der 18. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands billigt die Grundgedanken dieses Gesetzes, die der Reichsamt als einer unabkömmlichen Selbstverwaltungsbehörde die große Aufgabe eines planmäßigen Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Gebote zuteilen, und die gleichzeitig den Arbeitslosen auf eine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit anerkennen. Der Kongress ist sich aber bewußt, daß die Durchführung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung nur dann beständig erfolgen kann, wenn die Verwaltung der Reichsamt frei von bürokratischen Hemmungen in engster Verbindung mit den in der Wirtschaft Tätigen durchgeführt wird. Er richtet daher an Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsamt den Appell, durch Heranziehung wirtschaftlich geschulte Kräfte, die nach dem Grundsatz des Gesetzes nicht

Außerdem wurde ein Antrag des Buchdruckerverbandes Rostock dem Bundesvorstand als Material überreicht. Danach soll eine eingehende Prüfung des Schlichtungswesens vorgenommen werden. — Auch wird nach einem anderen Antrag gewünscht, einmal die Frage einer Ferienausgleichskasse zu erörtern. Ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Düsseldorf über eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage wurde dem Bundesvorstand als Material überreicht. Beziiglich der Vertretung vor den Arbeitsgerichten wird von Änderungen des jetzigen Zustandes vorläufig abgesehen. Wegen einer besseren Regelung in gewissen Fragen der Erwerbslosenversicherung wurde den Gewerkschaftsvertretern in der Reichsamt auf Vorschlag der Mandatprüfungskommission aufgegeben, ihren besonderen Einfluß geltend zu machen. Angenommen wurde ein Antrag auf Streichung des Absatzes 8 § 123 der Gewerbeordnung, wonach eine kündigungsfreie Entlassung erfolgen kann, wenn Gehilfen zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet sind; der Bundesvorstand soll in diesem Sinne geeignete Schritte unternehmen. — Weiter wurde ein Antrag des Buchdruckerverbandes angenommen, nach dem sich der Gewerkschaftskongress mit allem Nachdruck gegen etwaige Versuche wendet, die Rechte der Zwangsorganisation des Handwerks zu vergrößern, solange nicht die in der Reichsverfassung verbriefte Gleichberechtigung der Arbeitnehmer verwirklicht ist. Sodann wurde der Bundesvorstand beauftragt, auf eine Änderung der reichsrechtlichen Bestimmungen über die Berufsausbildung im Sinne einer gleichberechtigten Mitwirkung der Gewerkschaften hinzuwirken. Der Kongress erklärte sich ferner auf einen Wunsch des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten damit einverstanden, daß bei fortwährenden Regelungen die Verbände sich der Interessen der Kriegsbeschädigten besonders annehmen sollen.

Verfranzenstum für den Bundesvorstand.

Dann lag noch ein Antrag Brey (Fabrikarbeiter) vor, wonach dem Bundesvorstand und seinen Mitarbeitern Entlastung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen wird. Brey begründet mit besonderem Nachdruck und großer Wärme diesen Antrag, der darauf mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde. Der Kongress quittierte diese fast einstimmige Annahme des Verfranzenantrages mit spontanen Beifallsbekundungen.

3. Verhandlungstag

In seinem Vortrage über

die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie

führte Fisch Naphtali (Berlin) an:

Der Begriff der Wirtschaftsdemokratie hat in Deutschland erst nach dem Kriege eine Rolle gespielt. Seitdem ist er aber auch von der Lagesordnung nicht verschwunden. Die Gewerkschaften haben den Gedankenkreis, der sich an die Wirtschaftsdemokratie knüpft, bereits auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu klären verloren. Die dort aufgestellten programmativen Forderungen haben eine starke Belebung des Problems in der Arbeiterschaft ausgelöst. Es zeigte sich aber, daß über ihre begriffliche Einordnung noch mancherlei Unklarheiten vorhanden sind. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat inzwischen an der Klärung der Probleme weitergearbeitet und unterbreitet dem Kongress jetzt das Ergebnis einer geistigen Gemeinschaftsarbeit.

Die politische Demokratie, so sieht ihr Wert als Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse und als Form der staatlichen Organisation zu schätzen ist, bedeutet noch nicht die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit in der Gesellschaft. Das ist eine alte Erkenntnis. Deshalb kämpft die Arbeiterschaft zwar stets für die Demokratie, zog aber gleichzeitig eine klare Trennungslinie zwischen der bürgerlichen Demokratie, die politische Gleichberechtigung für vereinbar hielt mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf wirtschaftliche Unfreiheit der breiten Masse aufgebaut ist, und ihrem weitergehenden Ideal der sozialen Demokratie. Wirtschaftsdemokratie bedeutet keinen Erfolg für Sozialismus, sondern eine Ergänzung sozialistischer Ideen.

Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches System und kein Ideal des Sozialismus ohne demokratische Basis der Wirtschaftsführung.

Es wäre aber auch reaktionär, wollten wir vor der Dynamik der kapitalistischen Wirklichkeit und vor den Maßnahmen, die sich in der Gesellschaft unter dem Druck der wachsenden Macht der organisierten Arbeiterschaft vollziehen, die Augen verschließen. So wenig es bisher selbst auf den vorgegebenen Positionen gelungen ist, den Druck des kapitalistischen Systems auf das Proletariat zu beiseitigen, so wenig darf man erkennen, daß es den Gewerkschaften dort, wo sie eine Macht bilden, doch gelungen ist, die Tendenzen der Verelendung zu überwinden. So leben wir, wie unter dem Druck wachsender gewerkschaftlicher und politischer Macht der Arbeiterklasse ein neues kollektives Arbeitsrecht heran.

Wir sehen weiter, wie die brutale Freiheit des Arbeitsmarktes durch das Wirken der Gewerkschaften und durch den Ausbau der Sozialversicherung, neuerdings insbesondere durch den Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Beschränkungen unterworfen ist, die eine grandiose Anerkennung des Rechtes auf Sicherung der Existenz jedes Menschen bedeuten. Wir sehen ferner, wie die kapitalistische Wirtschaft sich von der freien Konkurrenz zur monopoliellen Organisation entwickelt, wie sich aber die Ansatzpunkte zu einer plannmäßigen Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat vermehren. Wir sehen endlich die wachsende Bedeutung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben, gegen die die Gegner einen verzweifelten Kampf unter der Parole „gegen die kalte Sozialisierung“ führen, und wie erdig die Arbeiterschaft selbst durch ihre Organisationen, durch Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften schriftweise dem Kapitalismus Boden in der Gesellschaftsökonomie abringt. Jamer mehr ergibt sich aber auch daraus, daß der Übergang von dem Wirtschaftssystem der Gegenwart, das wir bekämpfen, zum Wirtschaftssystem der Zukunft, das wir erreichen, einen sehr tie-

im Beamtenverhältnis, sondern im Privatlebensverhältnis zu beschäftigen sind, an die Lösung der Aufgabe heranzugehen.

Ebenso erwartet der Kongress, daß durch eine verständige und soziale Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung die Reichsamt das Schicksal der Handelsfahnen erleichtert, die immer noch vergeblich der Wiedereinführung in den Produktionsprozeß harren. Der Kongress fordert die gesamte Öffentlichkeit auf, sich durch die Aufzähnung von Einzelstücken des Missbrauchs der Unterförderung nicht täuschen zu lassen über die trostlose Lage dieser langfristig Arbeitslosen.

Der Kongress stellt aber auch die Verpflichtung der Gesamtheit fest, ihre Hilfe einzuholen, wo die Leistungspflicht und Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung verfehlten. Er erhebt daher die Forderung, daß die Krisenfürsorge auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und allen Arbeitslosen, die trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit einen Anspruch auf die Versicherungsfeststellung noch nicht besitzen oder diesen Anspruch er schöpft haben, ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung gewährt wird.

Der Kongress erklärt sich ferner einstimmig für folgende Entschließung des Bundesvorstandes und Ausschusses zur

Freizeit der Jugend:

Die von den Gewerkschaften seit langem erhobenen Forderungen nach besonderen sozialpolitischen Schlußbestimmungen für die erwerbstätige Jugend sind von der Gelehrtenbildung bisher nicht erfüllt worden. Der vorliegende Entwurf des Arbeitszeitgesetzes enthält wohl die geforderte Erhöhung des Kinder- und Jugendalters und auch eine weitere Einschränkung der Nachtarbeit Jugendlicher; er bringt aber, eine nur unzulängliche Regelung der möglichen Arbeitszeit und geht auf die Freizeitforderungen für die Jugendlichen. Frühjahr vor Sonn- und Feiertagen und jährlicher Urlaub gar nicht ein. Die große Zahl derjenigen Jugendlichen, die nicht in den Genuss der bisher allein durch Tarifverträge geschaffenen Urlaubsansprüche kommen, macht jedoch eine sofortige gesetzliche Regelung des Urlaubs für Jugendliche zur Notwendigkeit.

Der Gewerkschaftskongress richtet deshalb an die Reichsregierung und an den Reichstag das dringende Erfüllen, die von weiten Kreisen des deutschen Volkes vertretenen Freizeitforderungen für die erwerbstätige Jugend so bald wie möglich zu verwirklichen und zu diesem Zweck das Arbeitszeitgesetz entsprechend anzugehören. Weiter erachtet der Gewerkschaftskongress die Reichsregierung, Beginn und Beendigung der allgemeinen Schulpflicht im ganzen Reich einheitlich zu regeln, um den Schwierigkeiten vorzubeugen, die sich sonst aus den erweiterten Kinder- und Jugendaltersbestimmungen ergeben könnten.

Wachstumsprozeß darstellt. Dieser Weg, der Stufe um Stufe in der Wirtschaft der kapitalistischen Unternehmensokratie die Demokratie des arbeitenden Menschen

gegenüberstellt, der dauernd das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse durchkämpft. Dieser Weg ist der Weg der Demokratierung der Wirtschaft.

Die Durchorganisierung des Kapitalismus hat natürlich nichts mit einer Demokratierung der Wirtschaft zu tun; ihr Zweck ist, die autokratische Stellung des Unternehmers noch stärker zu betonen. Gerade aus dieser Überlegerung der kapitalistischen Macht wächst zwangsläufig die Erkenntnis, daß hier von den Unternehmerorganisationen Entscheidungen über das wirtschaftliche Wohl und Wehe gefällt werden, die nicht mehr in dem Bereich des Unternehmers bleiben können, sondern zur Gemeinschaftsfrage werden müssen. Für die Arbeiterschaft wird der Ruf, die Gemeinschaft — vertreten durch den demokratischen Staat — über die privatkapitalistischen Monopole zu sehen, zu einer unmittelbaren Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Neben der Staatskontrolle muß aber auch der Kampf um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen weitergefrieben werden. Wir haben bereits in der deutschen Wirtschaft einige Selbstverwaltungskörper, so im Kohlen- und Kali-Bergbau. Die Position der Arbeiterversammlungen in diesen Selbstverwaltungskörpern ist allerdings schwach und die Durchsetzung der Gemeinschaftsinteressen unvollkommen. Auch

Die Tendenz zur Ausdehnung der öffentlichen Betriebe

hat besondere Bedeutung angenommen. Diese Entwicklung steht gleichfalls im Zentrum der Demokratierung der Wirtschaft. Der leidenschaftliche Kampf, der von den Unternehmern dagegen geführt wird, deutet das schon an. Welche verwaltungstechnischen Formen diese Betriebe auch annehmen, immer muß die Forderung erhoben werden, daß dadurch nicht der entscheidende Einfluß der öffentlichen Körperschaften an der Wirtschaftsführung eingeschränkt wird. Dieses Problem spielt besonders für die Reichsbahn durch ihre Verbindung mit dem Reparationsproblem eine Rolle. Der Einfluß der Reichsregierung und des Reichstages ist hier in ungewöhnlicher Weise zurückgedrängt worden. Jähren wir die Umstüze der Reichsbahn, der Reichspost und aller öffentlichen Betriebe, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Verkehrsunternehmen, staatliche Bergbaubetriebe und Staatsbetriebe der Industrie und der Forstwirtschaft zusammen, so kommen wir schätzungsweise auf 10 bis 12 Milliarden Mark. Das entspricht ungefähr dem Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland. Diese Zahl zeigt den Einfluß der öffentlichen Betriebe in unserer Wirtschaft.

Wachsende Bedeutung gewinnt das Gebiet des Wirtschaftslebens, auf dem die Arbeiterschaft durch eigene Organisationen und durch Selbsthilfe vorzutragen.

Das sind in erster Linie die Konsumgenossenschaften. Wir zählen in den Konsumvereinen bereits rund 3 Millionen Mitglieder und mit den Familienangehörigen rund 12 Millionen Menschen, also fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung. Rund 1 Milliarde Mark wird durch diese Genossenschaften umgesetzt. Daneben verdient aber auch das unmittelbare Eindringen gewerkschaftlicher Arbeit in die Wirtschaft wachsende Aufmerksamkeit. Es sei hier der neuartigen Formen auf dem Gebiete des Bauwesens und der Wohnungsfürsorge gedacht, die ihre Spitzen im Verband der sozialen Bauabteilung und in der Dewag haben. Es sei weiter die Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten erwähnt. Auf diesem Wege läßt sich der kapitalistischen Wirtschaft noch manches Terrain abringen.

Alle diese Einzelheiten zeigen, daß das Jahrzehntelange Ringen der Arbeiterschaft nicht fruchtlos geblieben ist.

Das Fortschreiten zu verzeichnen sind, die in ihrer Gesamtheit schon den Anfang einer Ausdünnung des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses des Arbeiters gegenüber dem Kapital bedeuten.

Noch einige Bemerkungen zur Rationalisierung, die notwendigerweise in der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterschaft ein doppeltes Gesicht haben mußte. Soweit die Rationalisierung durch technischen Fortschritt, durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit und durch bessere Organisation erreicht wird, kann sie grundsätzlich von der Arbeiterschaft bejaht werden. Leider ist aber auch die Tendenz vorherrschend, einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben, ihre Arbeit zu beschleunigen, ihre Arbeitskraft rücksichtslos zu verarbeiten, ohne Rücksicht darauf, ob die angemäßliche Anspannung der Arbeitskraft zu einem vorzeitigen Verzehr der Kräfte führt. Diese Tendenzen der Ausbeutung müssen von der Arbeiterschaft mit aller Kraft bekämpft werden.

Es gilt also, sich gegen die Methoden einer Pseudorationalisierung zu wehren.

Gerade aus diesem Grunde ist die Forderung nach Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und der Gewerkschaften überallhin immer mehr zu verstehen.

Dieser Überblick zeigt schon, daß der Prozeß der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich praktisch in unendlich vielen Formen abspielen muß. Eine Seite dieses Kampfes sei noch erinnert, weil sie für den weiteren Erfolg von grotem Wert ist. Das ist die Frage der Demokratierung des Bildungswesens. Das öffentliche Schulausbildung, das heute noch wesentlich auf dem Bildungsmittel der besitzenden Klasse beruht, ist den Bedürfnissen der Demokratie anzupassen. Das Kernelement dieser Demokratierung ist der Aufbau der Volkschule.

Der „daraufzahlende“ Unternehmer.

Eine Geschichte vom menschlichen Unternehmungsgeist von Ludwig Pratzl.

Als Bäckerjunge pfiff er in seinen jungen Jahren in aller Hinsicht die Stadtfabrikleute aus dem Bett. Sommer und Winter. Frische Brotwaren! Das händigte sein Vater wieder durch die Fabrikarbeiter gepfisterter Brotstücke an.

Der Bäckerjunge kam ihm immer wieder: Wenn sie sonst nicht viel haben, die Fabrikarbeiter, ihre regelmäßige Mahlzeit haben sie doch. Sie will ich auch, sage sich der junge Brotzehner, und er ließ nicht nach, bis er an einer Maschine stand. Jahrzehntlang ging alles glatt. Der Vater galt als tüchtiger, gewandelter Maschinenarbeiter. Seine heile Freude ging im Maschinenarbeiter auf, weil alles so schön klappte.

Und dann kam nach langen Jahren der Unfall. Die scharfen Zahnscheiben rissen beim läufigen Rast an der Maschine ins warme Fleisch. Aber Blutspritzer hingen Fleischstücke vor der zerfetzten Hand. So wurde der Vater auf längere Zeit ins Krankenhaus. Er habe verzweifelte Hand machte ihm Sorgen.

Dann war kein Platz mehr im Arbeitssektor. „Werde ich bereifen?“ wurde er bereit. Und bei dem nun vom Arbeitssektor geleiteten Kampf um die Rente sagte der vom Unfall betroffene Maschinenarbeiter: „Es ist das jedes Elend ein Arbeitersöpfer hat keinen Lohn!“ — auf die Art kann man ja einen ganzen Tarif entstehen, was der Arbeiter als Ganges weiß ist, was man für das und das Stück kriegt, genau wie in unserem Werk-Mari!

Auf die Maschine konnte der Vater nicht mehr. Der Chef saß ein fatales Täufchen und schickte den Verkäuferschein zum Werkhof. Den verlor das Firmat: Schaus, der Kleagle kann es immer, so zwanzig Jahr händert an der Maschine ... und alle Tag wird mein Elter ...“

„Soll ich mich deshalb aufzwingen?“ fuhr es dem Maschinenarbeiter raus.

Der Werkmeister sah den Arbeiter, der alle Tage älter wird, zum Tempel raus und rief ihm nach: „Schau, hol später mal wieder nach.“

Die größte der Abgesetzten: „Götter? Wenn ich nicht vorher abhinge, nämlich bin ich halt wieder um sonach soviel älter. Der Arbeiter wird älter ... und der Unternehmer jünger.“

Zusammenfassend kann also von der Demokratierung der Wirtschaft gesagt werden, daß sie nichts anderes bedeutet, als den Weg, der uns von der dunklen Gegenwart in die hellste Zukunft des Sozialismus führen soll. Wir wollen jede einzelne Gruppe der Machterhaltung jedes einzelnen Verlangen an die Gelegenheit einzordnen in das große Bild, das wir uns von der Verwirklichung des Sozialismus machen. Keine Reaktion im Kampf um das Ziel, sondern schriftweise jahres Vorrücken, ist die Parole.

Ansrede über das Referat Kapital.

Fritz Münter (Berlin): Ich stimme dem Referenten durchaus zu, daß die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie eine Periode langsamer Entwicklung erfordert. Wenn die Arbeiterschaft, wo immer sie Gelegenheit hat, für die Gemeinschaftswirtschaft gekämpft werden, die nicht mehr in dem Bereich des Unternehmers bleiben können, sondern zur Gemeinschaftsfrage werden müssen. Für die Arbeiterschaft wird der Ruf, die Gemeinschaft — vertreten durch den demokratischen Staat — über die privatkapitalistischen Monopole zu sehen, zu einer unmittelbaren Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Neben der Staatskontrolle muß aber auch der Kampf um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopole eine Rolle spielen. Wir haben bereits in der deutschen Wirtschaft einige Selbstverwaltungskörper, so im Kohlen- und Kali-Bergbau. Die Position der Arbeiterversammlungen in diesen Selbstverwaltungskörpern ist allerdings schwach und die Durchsetzung der Gemeinschaftsinteressen unvollkommen. Auch

die Tendenz zur Ausdehnung der öffentlichen Betriebe

hat besondere Bedeutung angenommen. Diese Entwicklung steht gleichfalls im Zentrum der Demokratierung der Wirtschaft. Der leidenschaftliche Kampf, der von den Unternehmern dagegen geführt wird, deutet das schon an. Welche verwaltungstechnischen Formen diese Betriebe auch annehmen, immer muß die Forderung erhoben werden, daß dadurch nicht der entscheidende Einfluß der öffentlichen Körperschaften an der Wirtschaftsführung eingeschränkt wird. Dieses Problem spielt besonders für die Reichsbahn durch ihre Verbindung mit dem Reparationsproblem eine Rolle. Der Einfluß der Reichsregierung und des Reichstages ist hier in ungewöhnlicher Weise zurückgedrängt worden. Jähren wir die Umstüze der Reichsbahn, der Reichspost und aller öffentlichen Betriebe, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Verkehrsunternehmen, staatliche Bergbaubetriebe und Staatsbetriebe der Industrie und der Forstwirtschaft zusammen, so kommen wir schätzungsweise auf 10 bis 12 Milliarden Mark. Das entspricht ungefähr dem Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland. Diese Zahl zeigt den Einfluß der öffentlichen Betriebe in unserer Wirtschaft.

Wachsende Bedeutung gewinnt das Gebiet des Wirtschaftslebens, auf dem die Arbeiterschaft durch eigene Organisationen

und durch Selbsthilfe vorzutragen.

(Walter Rothenau: Reflexionen, S. 81.)

Die Triebkraft „Gewinnstreben“.

Dass Geschäfte gemacht werden, um Geld zu verdienen, scheint vielen ein so selbstverständlicher Sachzug, daß er nicht erst ausgesprochen zu werden braucht. Dennoch habe ich noch niemals einen wahnsinnig großen Geschäftsmann und Unternehmer gesehen, dem das Verdienen die Hauptaufgabe seines Berufes war, und ich möchte behaupten, daß, wer am persönlichen Geldgewinn hängt, ein großer Geschäftsmann überhaupt nicht sein kann.

(Walter Rothenau: Reflexionen, S. 81.)

Simmer (Bochum): Die uns vorliegende Entschließung stellt mit erfreulicher Deutlichkeit auch unsere großen Forderungen und Ziele heraus. Wir müssen alles anstreben, damit diese Ziele immer wieder im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen.

Jiska (Berlin): Nachdem wir den Vortrag gehört haben, können wir uns eine Vorstellung davon machen, welche Schwierigkeiten dem Problem der Lösung der Wirtschaftsdemokratie noch entgegenstehen. Immerhin werden wir zunächst die geistige Durchdringung der Arbeiterschaft und Öffentlichkeit mit unserer Auffassung betreiben müssen, ehe wir wesentlich praktische Fortschritte erzielen können.

Stiel (Hamburg) vom Centralverband deutscher Konsumvereine, sprach dann über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften und ihre Aufgaben zur Wirtschaftsdemokratie. Er wies darauf hin, daß die Eigenproduktion als Faktor der Wirtschaftsdemokratie bereits ständig im Vorschein ist. Es sind im letzten Jahre von den GEG-Betrieben und sonstigen genossenschaftlichen Produktionserneuerungen bereits mehr als 210 Millionen Mark umgesetzt worden. Der Redner sprach sich dann für eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften in dieser Frage aus.

Eggert (Berlin) vom Bundesvorstand: Die Aufführung, die der Vortrag gebracht hat, erkennen wohl alle Zuhörer an. Wir wissen, daß kein Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft eingeschlossen die Führer Sommerslands mit Bucharin an der Spitze, die Tatsache leugnet, daß die kapitalistische Wirtschaft noch lange nicht dem Niedergang entgegengesetzt und der Zusammenbruch oder der Tod der Unionismus noch einige Zeit auf sich warten läßt.

Kiedel (Berlin): Nach dem Vortrag ist sicher allen Gewerkschaften klar geworden, daß wir das große Ziel der Wirtschaftsdemokratie nicht allein erreichen können. Wir bedürfen der aktiven Mitarbeit der politischen Partei. Daraum müssen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in dieser Frage zusammenarbeiten.

Tarrou (Berlin): Es ist eine merkwürdige Sorte von Marxisten, die glauben, daß das Ende neuer ökonomischer marxistischer Erkenntnisse mit dem Ableben von Karl Marx aufhört. Dieser Auffassung sind immer noch die Kommunisten. Wir als Gewerkschafter sind Realpolitiker; wir wissen, daß neue ökonomische Erkenntnisse auch aus den jeweiligen ökonomischen Verhäl-

nissen geboren werden. Wenn Karl Marx heute noch lebte, dann hätte er wahrscheinlich das Referat von Kapital gehalten und jedenfalls auch nichts anderes sagen können als dieser. Wir denken auch nicht daran, unser Endziel, den Sozialismus, preiszugeben. Wir wollen eine bessere Zukunft, aber auch eine bessere Gegenwart. Das ist der Sinn unseres Programms zur Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen auch nicht verkennen, daß unter Wirtschaftsprogramm eine stärkere Verbundenheit mit der Sozialdemokratie herzurufen wird, als der politischen Partei, die auf dem Boden dieses Programms steht.

Jahn (Berlin): Das Referat Kapital war eine Wegbeschreibung, die uns die Möglichkeit der Durchsetzung des Erreichbaren weist. Die Demokratie in der Wirtschaft ist eine Frage der Mitwirkung und Mitverantwortung.

Bachem (Berlin), Direktor der Arbeiterbank: Die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft sind zwar nur kleine, aber doch wichtige Bausteine im Ringen der Arbeiterbewegung. Die Unternehmer werden bereits zur Wachsamkeit gegenüber der Arbeiterbank aufgerufen, deren Entwicklung man mit Bedenken sieht. Das beweist, daß die Eigenbetriebe beachtliche Waffen sind. Haben wir nun in den Eigenbetrieben schon zum Wohl der Arbeitnehmer befragt können? Die Arbeiterbank hat bereits rund 4000 Wohnungen finanziert. Im Jahre 1928 ist die Zahl noch wesentlich gestiegen. Die Arbeiterbank hat sich außerdem möglichen Einfluss auf die Hannoversche Bodenkreditbank gesichert. Es sind weitere Eigenbetriebe gegründet worden und Hilfsmethoden in Angriff genommen. Auch die Stiftung stadtweiter Wirtschaftsbetriebe ist durch die Arbeiterschaft gelungen. Zu den Eigenbetrieben können und müssen wir auch Kräfte schulen. (Befall)

Hebe (München): Wir haben bereits starke Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie, in der die Arbeiterschaft auch herangereift ist. Wir haben noch keine Bezirksarbeitsparteien. Für die weiteren Untergliederungen ist überhaupt noch nichts vorgesehen. Die Mitwirkung der Betriebsräte in den Aussichtsräten ist von erheblicher Bedeutung.

Schlusssatz Kapital:

Die Frage der Rolle der Betriebsräte in der Demokratierung der Wirtschaft bedarf noch der Klärung. Daß wir in der Wirtschaftsdemokratie leben, ist eine gesunde Überzeugung. Ich schaue die Betriebsräte und ihre Tätigkeit gewiß hoch ein, sie haben eine wichtige Funktion in der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, der Einfluß auf die Führung der Wirtschaft aber kann nicht von den Betriebsräten ausgehen. Sie sind an den Betrieb gebunden. So könnte die wirtschaftliche Vertretung leicht zu einem Betriebs egoismus führen. Die Eindringung in die Wirtschaft ist Sache der Gewerkschaften. Auch über den Aussichtsrat wird Entscheidendes nicht zu erreichen sein. Für das praktische Eindringen werden die überbetrieblichen Organisationen entscheidend sein.

Wenn ich von der Demokratierung der Wirtschaft spreche, neige ich wenig dazu, einen Paragraphen der Verfassung heranzuziehen. Das Wort Bassalles gilt noch, daß die realen Machtverhältnisse die Verfassung sind. Aber wir können natürlich an den Artikel 185 anknüpfen. Die Forderung nach Bildung von Betriebswirtschaftsräten und nach Umgestaltung der Unternehmerkammern besteht nach wie vor. Wir brauchen den Überblick, den uns die Mitarbeit in den genannten Körperschaften erschließt. Wenn wir die Demokratierung der Wirtschaft als Notwendigkeit anerkennen, dann bedeutet das einen wesentlichen Kraftzuwachs.

Es wird eine Entschließung angenommen, die die günstige Entwicklung der Eigenverwaltung anerkennend und die Notwendigkeit eines Ausbaues bestont. Eine Entschließung, die sich mit der Arbeiterbank beschäftigt, findet gleichfalls Annahme. Fast einstimmige Annahme findet auch die

Entschließung über die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie:

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterschaft neben dem unverändert im Vordergrunde der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängt, ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 18. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongress im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenwärt der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Die Demokratierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus.

Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich vorstrebender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierte Arbeiterschaft vielfältige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratierung der Wirtschaft bedeutet die schriftliche Befestigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratierung der Wirtschaft erfolgt schriftweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalbetriebes. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit werden auch die

Draußen blieb der abgefuckte Arbeiter stehen. Das Laufen ging langsam. Schwer lag es ihm da innen im Blut. Krankheit und Sorgen legen sich nicht in die Kleider. Man kann das also nicht ausklopfen.

Auf dem Heimwege kam dem alten Maschinenmeister ein Bekannter von früher her, der Bäckermeister, in den Weg.

„Wie geht's, Alter?“ pfiff der lustige Gusti hier. Der andere begann zu erzählen.

„Na, na, net verzweifeln . . . welht was! . . . bald es bei dir mit dem Haren so weit ist, daß du losziehst kannst, frete in mein Geschäft, als Backwarenteller . . . Salzstangen und Laugenbrezel sind meine Spezialitäten . . . an klau Backofen hab ich selber . . . biss ja auch einer vom Fach, alter Bäckerpähnchen . . . was? Kannst am Backofen schaffen . . . und vor allem kaufmännisch arbeiten . . .“

Vierzehn Tage später kam der Bäckermeister heim. Seiner Alten, die gerade vom Zupringen kam, der rief er entgegen: „Ausverkauft!“

Damit er keinen großen Lacher nehmen konnte, nahm er den sogenannten Pfeifenstummel aus der Reihe alter Zahnstöcke, schlug seine Zähne auf das Knie und gab mit Lachglücken hin: „Ausverkauft!“ An Röhr gesteckt voller Laugenbrezeln und Salzstangen . . . verkauf! . . . in der und der Fabrik, in dem Magazin, vor den Schuhläden, am Bahnhof . . . und nun delegen wir jeden Sonntag die Sportplätze . . . nur a kleines Pech hab ich gehabt . . . der Verkaufsabschluß stimmt net . . . sechsvunddreißig Pfennig muß ich drauzahlen . . . Und dabei tat der Mann einen kleinen Gesetz. Aber da lachte ihn seine Alte aus und sagte: „Da merkt mers, daß du vom Kaufmannschen gar nit versteht . . .“ a richtig Unternehmer zahlt immer drauf . . . immer . . . scha, ich wat in jungen Jahren bei einem solchen Unternehmer . . .“ Die Firma hat das ganze Jahr vom Drauzahlen gegammert, so gesammelt, daß die Fabrik . . . ein richtiges Mäusefeld mit der Unternehmerschule kriegen . . . und die Firma? Die hielt durch und zahlt so lange drauf, bis sie eine zweite Fabrik und eine herrliche Villa bauen lassen konnt . . . und ich

Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. Der Gegenstand gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben.

Lebenswichtige Zwecke der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiterschichtliche Interessen bedeute. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluss der Gewerkschaften und mitgeformt von Gelehrten, die der demokratische Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen mag. Auch eine Wandelung des Eigentumstreites ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeitersklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusehen. Auf der einen Seite stehen die Fortbewegungen an die Gelehrte und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluss eringen. Auf der anderen Seite stehen die Aufgaben des Staates, neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar vor der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Mittweg über den Staat, zu erfüllen sind.

In diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsschutzes, der Ausbau und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch gesellschaftliche Zusammenfassung und Hochschulung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Komunogenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmarkts.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeitersklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die

Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben

Die Lebensbedingungen der Gemeinschaft auf eine höhere Stufe heben. Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeitersklasse zusammenhält, je einiger sie sich für die Erringung ihrer Ziele einsetzt. Den Radikalen für diesen Befreiungskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterschaft von bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft geschaffenen Gewerkschaften.

Über

Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gelehrte

erstallte hierauf Herrmann Müller vom Bundesvorstand sein Referat. Der Redner vertritt zunächst darauf, daß in der Einführung des Bundesvorstandes nicht von den Leistungen der Sozialversicherung die Rede ist. Der Ausbau der Leistungen wird nach wie vor auch vom ADGB dringend gefordert. Heute handelt es sich aber um die Organisation der Sozialversicherung und die Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungsträger und um den Ausbau der Selbstverwaltung. Dadurch wird sich zweifellos weiter eine Verbesserung der Leistungen erzielen lassen.

Was auf dem Gebiete der Organisation heute gefordert wird, ist auch nicht neu. Es ist immer auf das schwöle Nebeneinander in der Sozialversicherung verwiesen und die Vereinheitlichung gefordert worden. Diesen Wünschen hat allerdings weder der Gelehrte noch die Verwaltung Rechnung getragen, im Gegenteil, im letzten Jahr ist die Versicherung der Seelen als besondere Einrichtung neu aufgebaut worden. Erhöhungskassen sind neu zugelassen worden, und auf dem Gebiete der Landwirtschaftskassen werden vom preußischen Wohlfahrtsministerium die unglaublichsten Gebilde genehmigt.

Wenn man von der Vereinheitlichung redet, muß man sich zunächst klar werden, was man zusammenfassen will. Der Redner geht davon aus, daß man bei der Zusammenfassung die Arbeitslosenversicherung auszuscheiden hat, weil hier die Ursache der Unterstützung auf wirtschaftliche Zustände zurückgeführt wird, während es sich bei den sonstigen Zweigen der Sozialversicherung um körperliche Zustände der Versicherten handelt. Man kann auch die Versorgung der Kriegsbeschädigten nicht gut einbezahlen, denn hier liegt eine Versicherung überhaupt nicht vor, sondern lediglich eine Fürsorge des Reiches, die aus besonderen Umständen heraus gewachsen ist. Demnach kommen in Frage:

die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invaliden-

und auch die Angestelltenversicherung,

wobei die letztere zur Zeit ausscheidet, weil sich der Unterschied zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung in einer Weise zu unterscheiden, der Invalidenversicherung verschoben hat, daß eine Angleichung jetzt nicht möglich ist.

Zwischen den ehrgeizenden Zweigen der Versicherung sind gewiß die Unterschiede sehr groß, aber noch größer sind die Zusammenhänge. Im Jahre 1926 gab es in Deutschland 7577 Krankenkassen mit 20 258 000 Versicherten. Die Zahl der reichsgelebten Unfallversicherungssträger hat 802 beträgt, und 24 862 000 Personen sind bei ihnen versichert gewesen. In der Invalidenversicherung gab es 35 Versicherungssträger mit angefertigte ebensoviel Versicherungen wie in der Krankenversicherung, insgesamt waren in Deutschland 6217 Versicherungssträger vorhanden, die nebenher ander arbeiten. Der Aufbau ist auch wieder nicht einheitlich, sie sind zum Teil staatlich und zum Teil privat gegliedert. Das Nebeneinander schädigt nicht nur die Versicherten, es macht den ganzen Apparat auch kompliziert und teuer.

Der Redner wirft die Frage auf, wie der neu zu schaffende Versicherungssträger aussehen soll. Er lehnt es ab, einen Plan mit allen Einzelheiten vorzulegen, zumal der Kongress nicht da sei, einen solchen Platz zu beschaffen. Er denkt über an

einen einheitlichen großen, alle Versicherungszweige einschließenden Versicherungssträger,

der zu gliedern ist nach den Abschlägen, die er zu erfüllen hat, und dann nach Wirtschaftsbereichen, ähnlich wie die Arbeitslosenversicherung geordnet ist. Das macht versicherungstechnisch keine Schwierigkeiten, heute haben wir in den Berufsgenossenschaften solche Gebiete zum Teil schon. Die Krankenkasse ist als der Unterbau des Versicherungssträgers in Augen zu fassen. Der Versicherung muß nur mit ihr zu tun haben.

Der Redner geht dann zur

Forderung der Selbstverwaltung

aber und verzweift daran, daß man in der Arbeiterversicherung unter Selbstverwaltung immer nur einen Verwaltungsaufwand verstanden hat, in dem der Einfluß der Versicherten überwiegt. Bei der Sozialversicherung handelt es sich um die Angelegenheiten der Versicherten. Sie sind vom Staat zwangsweise organisiert worden, um sich in bestimmten Fällen selbst zu verteidigen. Es ist selbstverständlich, daß dabei den Versicherten auch der übergeordnete Einfluß in der Verwaltung eingeräumt werden muß, ohne Rücksicht auf die Beitragsleistung der Unternehmer, da diese die von ihnen verursachten Beiträge doch auf die Warenpreise abwälzen.

Der Redner kommt dann zur Gewerbeaufsicht. Gewerbeaufsicht und Sozialversicherung stehen weit mehr im Zusammenhang, als der flächige Betrachter annimmt. Wenn durch die Arbeitsaufsicht dafür gesorgt wird, daß Betriebsräume und Betriebsmittel so eingerichtet sind, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter so wenig wie möglich gefährdet werden, so zeigt das, in wie hoher Menge die Versicherungssträger an dieser Aufsicht interessiert sind. Der Vorstand des ADGB hat in dem Gesetzentwurf, den er im Februar dieses Jahres veröffentlicht, und in dem die Forderung ausgestellt wurde, daß die Gewerbeaufsicht aus einer Sache der Kinder zu einer Sache des Reiches gemacht wird, auch den Umfang

der bisher von den Berufsgenossenschaften ausgeübten Aufsicht eingeklammert. Wenn eine Reichsgewerbeaufsicht geschaffen und auch hierbei eine Gliederung der Bezirke nach Wirtschaftsbereichen ins Auge gesetzt wird, dann läßt sich in den einzelnen Bezirken durch die Einstellung von Spezialisten und Gewerbeärzten ein Stab von Aufsichtsbeamten schaffen, der einheitlicher und prompter arbeitet als heute die soziale Gewerbeaufsicht und die der Berufsgenossenschaften zusammen. Auch hier muß allerdings ein Selbstverwaltungsauftrag eingeschafet werden, bestehend aus Unternehmern und Arbeitern, der für frisch pulsierendes Leben in der Gewerbeaufsicht sorgt.

Die Personen, die als Vertreter der Versicherten und der Unternehmer in den verschiedenen Körperschaften der Sozialgelehrten gebraucht werden sollen, müssen benannt werden von den wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer und der Arbeiter. Das entspricht der großen Wandlung des Rechts, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, der Umwandlung in das kollektivistische Recht, durch das der Einzelwillen zum Gesamtwillen wird.

Ministerialdirektor Dr. Grießer: Schon im Jahre 1911 hatte die Sozialversicherung fast 3 Milliarden Mark an Antragen für die Zukunft, Krieg und Inflation haben sie entschwinden lassen. Im Jahre 1924 hatte die Sozialversicherung fast die dreifache Zahl der Rentenempfänger als vor dem Kriege. Mit Mühe gelang es, die Sozialversicherung vor dem Schiffbruch zu bewahren. Die Reichsregierung sah ihre Aufgabe in der Erhaltung des Aufbaues der Versicherung. Neue Gebiete sind erschlossen. Die erste Bauperiode ist abgeschlossen. Die zweite besteht in der Vereinheitlichung und in dem Ausbau der Selbstverwaltung. Es lag dem Ministerium daran, in Verbindung zu treten mit den Gewerkschaften. Heute kann keiner ohne Einverständnis der Gewerkschaften

behören bestehen. Auf dieses Ziel ist hinzuarbeiten auch bei den vom Kongress geforderten Reformen.

Angenommen wurde dann ein Antrag der Fabrikarbeiter, wonach die Herauslösung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 80 Jahre anzustreben ist. Ferner wurde ein Antrag der Dachdecker angenommen, in dem gegen die leichtfertige Art der Genehmigung von Innungs- und Bettelbegründungen Stellung genommen und von den maßgebenden Ministerien verlangt wird, daß sie in dieser Frage Zurückhaltung üben. Weitere Anträge, die an sich die Zustimmung der Antragkommission gefunden haben, aber zu sehr in die Einzelheiten gehen, wurden dem Bundesvorstand als Material überwiesen, so unter anderem Anträge auf Ausbau der Rentenrente, wie überhaupt Anträge auf Verbesserung der Rentenrente. Ein Antrag der Fabrikarbeiter auf enges Zusammenarbeiten von Bundesvorstand und Verbänden in Fragen der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts wurde dem Bundesvorstand zur besonderen Beachtung empfohlen.

Darauf erhielt

Otto Gehler (Berlin)

das Wort zu einem Vortrag über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem öffentlichen Bildungswesen.

Die Arbeitersbildung, so führt er aus, umfaßt die Bildungsaufgaben in allen Lebensstufen, vom schulpflichtigen Alter des Arbeiterkindes an bis zu den Jahren, in denen die Menschen noch imstande sind, Bildungswerte aufzunehmen und zu verarbeiten.

Dem öffentlichen Schulwesen gilt z. . . großer Aufmerksamkeit. Insbesondere sind die Gewerkschaften an den Volksschulen und Berufsschulen interessiert. Die Volksschule wird voraussichtlich auch im neuen Reichstag Gegenstand großer Diskussionen werden. Die Gewerkschaften fordern, daß die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens Leitgedanke jedes Volksschulgeistes sein müsse. Die Kinder der Volksschule müssen auch mehr mit dem Wirtschaftsleben vertraut gemacht werden. An dem Bedürfnis des Kindes nach eigener Tätigkeit ging die alte Schule leider vollkommen vorbei. Demgegenüber muß jetzt der Werk- und Arbeitsunterricht in den Volksschulen mehr ausgebaut werden. Er gibt die rechte Grundlage zu wirtschaftlichem Denken; er ist auch ein wirkames Mittel zur Berufsfundung. Ob aber ein soz. sozialistischer Lehrstoff mit Gewinn in acht Schuljahren innerlich verarbeitet werden kann, muß beurteilt werden. Es ergibt sich daraus die Frage nach Verdängerung der Schulzeit.

Längere Schulzeit ist längere Schonzeit.

Das 14. Lebensjahr ist noch nicht das Alter, um die Berufsentwicklung zu treffen. Diese Forderung wird vielleicht in Elternkreisen aus wirtschaftlichen Rücksichten auf Widerstand stoßen. Deshalb müssen Staat und Kommunen sich zu hilfsbereiter Unterstützung zusammenfinden und besondere Beihilfen zur Verfügung stellen. Als Ausgleich könnte eine kürzere Lehrzeit und höhere Bezahlung der Jugendlichen in Frage. Auch verstärkter Jugendschuh kann mit der Forderung einhergehen. Die finanziellen Schwierigkeiten eines Schulhauses sind gewiß nicht zu übersehen; es handelt sich aber um eine Rücksichtnahme von größter Bedeutung. In Schleswig-Holstein besteht schon lange die neunjährige Schulpflicht. In England hat die dauernde Arbeitslosigkeit die praktische Lösung dieser großen Frage intensiv gefordert. Im Zusammenhang mit dem Problem des Volksschulausbau steht auch die Lehrerbildung. Sie befindet sich zur Zeit in einem Umwandlungsprozeß und bedarf dringend einer rechtsgeschichtlichen Regelung. Bei der Pflege der Erziehungswissenschaften dürfen aber die Sozialwissenschaften nicht vergeßen werden.

Erforderlich ist nicht nur eine Kenntnis der Frage, die man dem Kinde beibringen will, sondern auch die Kenntnis der Verhältnisse, aus denen das Kind kommt. Nicht weniger wichtig als die Ausbildung der Lehrer ist ihre Ansicht. Der Erzieher kann nicht ausschließlich aus theoretischem Willen gefördert werden. Warum sollten im übrigen nicht geeignete Erzieherpersönlichkeiten auch aus praktischen Berufen kommen? Schäßfr. Schröder verdient der Aufsicht, der die Bildungsstätten der Volksschullehrer nach Konfessionen teilt, wodurch die Gefahr einer Konfessionalisierung des gesamten Schulwesens herverursacht wird.

Leider fehlt auch noch immer eine bindende gesetzliche Regelung für die Berufsschulpflicht. Die Berufsschule ist ein organisches Bestandteil der Berufsausbildung, an der die Gewerkschaften besonders interessiert sind. Das heutige Berufsschulwesen ist von kaum zu überbietender Unübersichtlichkeit. Der von den Gewerkschaften unterstützte und von der sozialdemokratischen Fraktion 1925 bereits eingebrachte Entwurf sieht eine rechtsgeschichtliche Regelung vor, wonach die Kosten zwischen Reich, Staat und Gemeinden aufzuteilen sind. Ebenso unübersichtlich ist auch das Gebiet der Schulaufsicht und Schulverwaltung.

Vor allen Dingen sind die Berufsschulen mit modern eingerichteten Lehrwerkstätten auszustatten. Den Gewerkschaften erhöht die Aufgabe einer pfleglichen und förderlichen Mitarbeit am Berufsschulwesen. Die Ortsanschlässe sollen in ständiger lebendiger Verbindung mit der Lehrschule stehen. Die kulturelle Bereicherung der Arbeiterschaft kann im übrigen erst dann als gesichert gelten, wenn der Aufstieg von allen Hemmungen, die in der sozialen Lage der Schüler und Eltern liegen, befreit wird.

Der Redner sprach dann über

die innergewerkschaftlichen Bildungsaufgaben.

Er lehnte sich besonders dafür ein, daß sich die Gewerkschaftspresse mehr als bisher mit Bildungsfragen beschäftigt und daß sich auch die Gewerkschaftsveranstaltungen über die Berichterstattung von Lohnbewegungen hinweg der Bildungsprobleme annehmen. Auch die Gewerkschaftsredaktionen, die der Bildung dienen sollen, müssen mehr in den Vordergrund des Interesses gestellt werden. Eine Fortbildung der Bildungsarbeit ist durch die Errichtung der Bundeschulen (Hauschulen) zu erwarten. Durch das Leben in den Bundeschulen wird eine Gemeinschaft vom Führer bis zum Mitglied in den Gewerkschaften großgezogen, die lebhaft zu begrüßen ist. Eine tiefgehende lebendige Bildungsarbeit ist zugleich der beste Weg, die Jugend zu gewinnen. Dafür haben sich die Jugendleitung des Bundes und die Verbände in den letzten Jahren mit Erfolg eingefestigt. Redner empfahl auch Zusammenarbeit mit den Kulturbüros. Das Streben auf allen diesen Gebieten um die geistige Höherentwicklung der Arbeiterschaft ist mit entscheidend für den Kampf um die Neuordnung der Wirtschaft.

Bevor dann in die Aussprache eingetreten wurde, erhielt

Reichsminister des Innern Karl Goering

unter dem lebhaften Beifall des Kongresses das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache. Er führte aus: Wenn ich hier vor Ihnen stehe, so darf ich Ihnen sagen, daß ich mich immer bemüht habe, der kleinen Metallarbeiter zu bleiben, frohgem. Ich hoffe Minister bin. Das Sicher vor Größenwahn. (Heiterkeit) Damit befand ich auch, daß ich immer Gewerkschafter bleiben werde. Ich freue mich, daß die Gewerkschaften jetzt auch in der Bildungsfrage die Offensive auf den Staat und die öffentlichen Körperschaften aufnehmen. Ich hätte aber gewünscht, daß der Referent in seinen Rückblicken zur Bildungsfrage etwas weitergegangen wäre. Er hat nur für die Volks- und Fortbildungsschulen gesprochen. Warum das, warum nicht auch für die Hochschulen? Das ist doch dringend notwendig, besonders vom Standpunkt der Gewerkschaften. Das beweist das Lehrmaterial an Hochschulen. (Sehr richtig)

Wir müssen die Spuren des deutschen Geisteslebens erobern, damit wir dort in den Hochschulen nicht Gegner, sondern Freunde der Republik seien haben. Es ist dann von dem Referenten über das Volkswohlgelehrte gesprochen worden. Ich kann Ihnen nicht sagen, wann ich ein solches Geschäft einbringen werde, will es auch nicht, dann das, das ein fadelloser Frage, und über soziale Fragen soll man nicht auf der Schule plaudern.

An dieser Stelle will ich Ihnen heute ganz unzweideutig sagen, worauf es mir bei meiner Ministerfähigkeit ankam: Ich wünsche, daß zunächst der Bau der Republik ganz fest dastehen soll. Das ist meine erste Aufgabe. Sowohl ist die Republik im Volke gesichert, der Verwaltungsaufbau steht aber noch nicht fest. (Sehr wahr!) Solange das nicht der Fall ist, kann man auch nicht von einer absoluten Sicherung der Republik sprechen. Die so von mir gekennzeichnete Untermauerung der Republik kann aber nicht geschehen, wenn wir gelegentlich in der Regierung als Arbeiterveteraner einmal ein Gaßspiel von vier Monaten geben. (Sehr wahr!) Dazu brauchen wir mindestens eine Legislaturperiode. (Sehr richtig!)

Wir wollen nicht unter allen Umständen in der Regierung sein, vor allem dann nicht, wenn wir Grundsätze vertragen und preisgeben müssen.

Das ist aber bisher nicht geschehen, auch nicht in der Panzerkreuzerfrage. Auch hier handelt es sich um eine taktische Frage, nicht um eine grundlegende.

Ich will aber auch heute nicht mit leeren Händen vor Ihnen stehen, sondern sagen, daß schon manches geschehen ist in unserer Regierungzeit, was im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Auch darüber einige Einzelheiten. Was der Referent in Bildungsfragen forderte, ist in mancher Beziehung schon heute erfüllbar. So habe ich vorgelesen, daß Vorecht der Bestehenden auf Bildung in einem wichtigen Punkt zu durchbrechen. Ich habe in meinem Ministerium schon

für dieses Jahr 1½ Millionen Mark freigemacht, um den Minderbemittelten weitere Mittel für Bildungszwecke bereitzustellen.

Diese Mittel habe ich an anderer Stelle eingespart, und zwar bei der Technischen Notshilfe. (Brandender Beifall.) Das Ministerium des Innern ist der Meinung, daß

die Technische Notshilfe überflüssig ist.

(Erneuter großer Beifall.) Ich appelliere aber auch an die Gewerkschaften, daß sie im kritischen Zeiten die Staatsnotwendigkeit anerkennen.

Noch ein Wort zum Einheitsstaatgedanken. Ich habe den sachlichen Ehrgeiz, diese Frage einmal energisch anzupacken. Wenn auch nur etwas in dieser Richtung geschafft und erreicht wird, dann ist schon der erste Schritt getan, um weiterzuarbeiten. Schreiten wir auf diesen Wege vorwärts, dann werden wir für andere wichtige Zwecke noch recht viele Mittel freimachen. (Sturmischer Beifall des ganzen Kongresses.)

Die Aussprache über das Bildungsreferat.

Quasnick (Landesarbeitsverband) fordert Bildungspflege für das Landvolk; das sei eine Arbeit zugunsten auch der Industriearbeiter.

Karl Schmidt (Fabrikarbeiterverband, Hannover): Im allgemeinen Bildungs- und Berufsschulwesen hat der Bund seine Schuldigkeit getan. Das Schulheim der Fabrikarbeiter hat, auch durch Erweiterung des Schulbetriebs zu einer Art Lebensgemeinschaft, gute Erfolge erzielt. Die Arbeiterakademie in Frankfurt wirkte nützlich. Der Fabrikarbeiterverband verdankt ihr die Ausbildung von Lettern, die in vorderster Reihe stehen. Bildungshungrige gibt es viel mehr als Plätze in den Gewerbeschulen; mehr Schulen sind zu schaffen. Die Schulen der Verbände sind nicht Konkurrenten der Bundeschule, sie ergänzen sich gegenseitig.

Dressel (Berlin), Eisenbahner: Die Volksschulzustände erwecken riesige Sorge, der Unterricht geht noch aus vom Obrechtsstaat. Das Bildungswesen der Gewerkschaften sollte so aufgebaut werden, daß dem Besuch der höheren Schule der Besuch der in allen Großstädten bestehenden Gewerkschaftsseminare vorausgeht.

Homma (Dachdecker): Das Referat erhält ein geschlossenes Programm und stellt die Gewerkschaften vor große Aufgaben. Die alten Gewerkschafter beglückwünschen den Nachwuchs, dem die Erwerbung von Wissen erleichtert ist.

5. letzter Verhandlungstag.

Die Diskussion über das Bildungsreferat wird fortgesetzt.

Bogner (Saargebiet): Das Saarland, diese Fehlgeburt des Volkerbundes, hat mit seinen 600 000 Einwohnern eine Regierung, die nicht kleiner ist als die der Vereinigten Staaten von Amerika. Daß bei solcher Verschwendung Bildungsaufgaben nicht erfüllt werden können, ist selbstverständlich.

Ulrich (Berlin): Die Bildungsarbeit des ADGB war anfangs sehr umstritten. Es ist erfreulich, daß die Entschließung des Bundesvorstandes Rücksicht auf systematische Arbeit auf diesem Gebiete aufstellt. Die Berufsschulen erfordern größte Aufmerksamkeit. Es müssen gute, praktisch, in den Betrieben geschulte Lehrkräfte für die Berufsschulen gefördert werden. Das "Dinko"-Institut ist eine schwere Gefahr, weil es versucht, die Arbeiterschaft fortgesetzlich geistig für das Unternehmertum zu beeinflussen.

Hessler erhält das Schlusswort und stellt fest, daß im allgemeinen die in der Debatte gewachten Anregungen dem entsprechend, was in der Entschließung des Vorstandes niedergelegt ist.

Die Entschließung des Bundesvorstandes wird angenommen mit dem Zuhör der Zeichen der Berufsschule als Arbeitssitz bezahlt werden muss.

Der Kongress trifft dann in die Beratung der nach nicht erledigten Anträge ein. Angemessen wird der Antrag auf Erhöhung des Bundesbeitrages, der fortan 2½% Pf. für jedes männliche und 1% Pf. für jedes weibliche und jugendliche Mitglied je Monat befreien soll, sowie der Antrag des Baumarktverbundes, wonach die Mitgliedsbegrenzung für die Entsendung von Vertretern in den Bundesvorstand von 500 000 auf 300 000 herabgesetzt wird. Weiter wurde beschlossen, daß Verbände mit mehr als 300 000 Mitgliedern 2 Vertreter und mit mehr als 600 000 Mitgliedern 3 Vertreter im Bundesvorstand erhalten sollen. Ein Antrag des Fabrikarbeiterverbandes auf Erhaltung einheitlicher Grundsätze in der Jurisdiktionsaufteilung der Verbände ging als Material an den Bundesvorstand.

Zur den allgemeinen Anträgen werde ein Antrag der Fabrikarbeiter angenommen, wonach der Bundesvorstand dafür einzutreten soll, daß der

1. Mai als gesetzlicher Feiertag anerkannt

wird. Die Berliner Hoteliersgesellschaften hatten beantragt, die Gewerkschaften sollten von der Sozialdemokratischen Partei jedes dritte Mandat im Berliner Parlament für sich beanspruchen. Dieser Antrag wird durch eine Erklärung der Auftragsausschauung abgelehnt, das heißt, zunächst die aufzufindenden Aufgaben eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften in den Parlamenten erfordern und die politische Partei um die Bedeutung der Gewerkschaften Rücksicht nehmen sollte. Das geschieht auch allgemein.

Im Bericht der Verhandlungsräume wird von der Auftragsausschauung zur Sicherung und zum Abschluß des Mischnutzungsrechtes in den Betrieben eine Erklärung vorgenommen worden, in der die Bewilligungen des Bundesvorstandes um den

Abstand des Betriebsratgegesetzes

erkennt werden und eine Änderung des Betriebsratgegesetzes gefordert wird mit dem Ziel Sicherung der Betriebspfände und der Betriebsräte gegen soziale Sicherung der Betriebsvertretungen gegen Entlassungen infolge Krankheit oder teilweise Betriebsstilllegungen. Die Erklärung der Auftragsausschauung wurde einstimmig angenommen.

Die

Kennzahl des Bundesvorstandes

ergab folgendes Resultat: Zahl der Delegierten 282, Zahl der abgegebenen Stimmen 271. Gestimmt wurden Theodor Leipart, Vorsitzender; Peter Grauhaar, Hermann Müller, Selbstverteidigungsvorsteher; Hermann Kühn, Kassierer; Paul Habicht, Redakteur; Alexander Kusch und Willi Eggers, Schriftführer. Als Beobachter werden genannt: Nikolaus Bernhard (Baugewerkschule), Konrad Braun (Glasarbeiter), Alfred Jantsch (Bergerbeiter), Heinrich Kähler

(Glasarbeiter), Georg Reiche (Metallarbeiter), Georg Schmidt (Sandarbeiter), Karl Schröder (Textilarbeiter) und Erich Tarnow (Holzarbeiter). Aus dem Bundesvorstand (Büro) aus: Adolf Brünner und Bickert.

Im Namen der Gewerkschaften dankt Theodor Leipart Dem kranken Jackel entblößt er den aufrichtigen Wunsch um Milderung seiner schweren Krankheit und Besserung. Den Ausscheidenden spricht Leipart den Dank des Kongresses für lange und fruchtbare Arbeit aus.

Im Namen der ausländischen Gäste dankt der Vertreter der holländischen Gewerkschaften Kuppers, Amsterdam. Er meint auf die großen neuen Aufgaben der Gewerkschaften hin und erinnert im Anschluß daran an ein Wort von Karl Marx aus den 80er Jahren, wonach die Gewerkschaften in der Übergangszeit die Grundsteine bildeten, auf den die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden muß.

Schumann vom Verkehrsbund hält das Schlusswort. Er dankt zunächst den Hamburger Gewerkschaften, vor allem dem Ortsausschuß und dem Lokalkomitee für die überaus freundliche Aufnahme und all die Arbeit, die zum guten Verlauf des Kongresses viel beigetragen hat. Schumann führt dann fort: Von der Hamburger Tagung werden neue Impulse ausgehen, die — so hoffen wir — zuverlässig — die Gewerkschaftsbewegung befriedigen und beleben werden. Dank an die Jugend, die zeigt, daß sie bereit ist, sich an den Alten ein Beispiel zu nehmen und sich auf ihre Pflicht, die Fortsetzung des großen Werkes, vorzubereiten. Dank den ausländischen Gästen für ihren Besuch. Dank dem Vertreter des IGB. Der Kongress war ein sichtbares Zeichen dafür, daß die deutschen Gewerkschaften sich ihrer Pflichten der Internationalen gegenüber bewußt sind und es auch in Zukunft am Kommunalstaat und Solidarität nicht fehlen lassen werden. Sie werden alles tun, um das Band der Solidarität unter den frei organisierten Arbeitern der Welt fest zu knüpfen zur Sicherung des Friedens. Dank den Vertretern der Regierung und der Verwaltungsbehörden, die gewiß die Gelegenheit wahrgenommen, um in die Ziele und Domänen der Gewerkschaften weiter einzudringen und so zu einem reibungslosen Zusammenarbeiten zwischen Behörden und Gewerkschaften beizutragen. Dank dem Senat der Stadt Hamburg und dem Magistrat der Stadt Altona für den Empfang! Der Empfang durch den Hamburger Senat war ein druckvoller Ausdruck für den Wandel der Dinge! An die Stelle der Verfolgung sind Respekt und Achtung vor den Gewerkschaften getreten. Herzlichen Dank den Hamburger freien Sportfern für ihre wunderbare Kundgebung. Dank den Kongressleitern für Ihre Arbeit.

Der Bericht Leiparts war ein Zeichen dafür, daß die Krise überwunden ist, daß wir uns in einem neuen Aufstieg befinden. Die innere Konsolidierung ist da. Die Zusammenfassung der Kräfte markiert seit Breslau. Die Aussprache über das Schlichtungswesen brachte eine gewisse Klärung. Die Debatte über die Wirtschaftsdemokratie eröffnete neue Wege zur

Sicherung des Einflusses der Gewerkschaften

auf die neue ökonomische Entwicklung. Das alles ist nur möglich mit Hilfe geschulter Kräfte, und daher unsere Bildungsbewegung! Neue Wege auch auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung! Hermann Müllers Referat zeigte einen Ausweg aus dem Labyrinth der sozialgesetzlichen Zerpflasterung. Neues Recht ist im Werden, und unsere Aufgabe muß sein, die Entwicklung des neuen Rechts rechtzeitig so stark wie möglich zu beeinflussen. Wir haben das Vertrauen, daß der Bundesvorstand im Verein mit unserem parlamentarischen Interessenvertretung, den sozialdemokratischen Fraktionen, die vom Gewerkschaftskongress aufgezeigten Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten fördern wird. Zum Schluss noch ein Wort des Dankes an die Presse, die nach Kräften dafür gesorgt hat, daß der Kongress sich sozusagen vor den Augen und Ohren der gesamten Öffentlichkeit abgespielt hat.

Die Gewerkschaftsbewegung, schloß Schumann, ist stärker, fester und geschlossener geworden. Sie muß noch stärker werden. Unsere Lösung muss sein:

Durch Einigkeit zur Kraft, durch Kraft zur Macht!

Die deutsche Arbeiterschaft, die internationale Arbeiterschaft, sie leben hoch!

Der Kongress stimmte in den Ruf ein, und sang dann feiernd den Sozialistenmarsch. 1.45 Uhr wurde der 13. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen.

Arbeitslosenversicherung in Großbritannien.

Großbritannien war der erste Staat, der 1911 die obligatorische Arbeitslosenversicherung für die Arbeitnehmer gewisser Industrien einführte und zwar für die Baumwolle, den Maschinenbau und den Schiffsbau. Der Versuch gelang. Von der einmal geschaffenen Basis ausgehend wurde später der Geltungsbereich der Versicherung in zwei Stufen ausgebaut, und sie umfaßt nun, von der Landwirtschaft abgesehen, den weitaus größten Teil aller unselbstständig erwerbstätigen Personen.

Von 1911 bis 1927 wurden 20 Gesetze über die Arbeitslosenversicherung erlassen, doch waren davon nur 3 von wesentlicher Bedeutung: das von 1911 und die noch geltende neue Fassung von 1920 sowie die Novelle vom 22. Dezember 1927, deren wichtigste Bestimmungen die Beitragss- und Unterstützungssätze und die Dauer der Unterstützung betreffen.

Die Beiträge und Leistungen waren ursprünglich einheitlich, mit der einzigen Ausnahme, daß geringere Sätze für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren galten. Später wurden sie für männliche und weibliche Versicherte verschieden festgesetzt, es wurde der Grundatz der Familienschläge eingeführt, und endlich wurden die jugendlichen Versicherten in mehrere Altersklassen gruppiert. Häufig geändert wurde die Dauer der Versicherungsleistungen. Sie wurde ursprünglich 15 Wochen im Jahre, wurde aber bei Eintritt der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf 26 Wochen verlängert. Überdies wurden, um der Not der Arbeitslosen zu begegnen, Versicherungsleistungen ohne Rechtsanspruch gewährt. Die Novelle Nr. 2 aus dem Jahre 1924 erkannte den Arbeitslosen, welche ihre regulären Bezüge erschöpft hatten, unter gewissen Voraussetzungen das Recht auf erweiterte Versicherungsleistungen zu. Schon im nächsten Jahre wurde wiederum der frühere Zustand eingeführt, nämlich, daß erweiterte Leistungen nur auszuüben sind, wenn es der Arbeitsminister unter Berücksichtigung aller Umstände als im öffentlichen Interesse liegend erachtet. Die Novelle von 1927 endlich hebt den Unterschied zwischen regulären und erweiterten Leistungen ganz auf, ebenso befreigt sie die bisherigen Beschränkungen über die Dauerung der Bezugsdauer der regulären Unterstützungen nach der Zahl der geleisteten Beiträge.

Gemäß der Novelle von 1927 erhalten am über 21 Jahre alte Männer ohne erwachsene Angehörige 17 Schilling wöchentlich, solche mit einem erwachsenen Angehörigen 24 Schilling. Die Leistungsfähigkeit von 2 Schilling für jedes Kind unter 14 Jahren und der Unterstützungsatz der über 21 Jahre alten weiblichen Personen (15 Schilling wöchentlich) blieben unverändert. Jugendliche männliche Personen erhalten je nach dem Alter 6 bis 14 Schilling, weibliche Personen 6 bis 12 Schilling.

In den beiden letzten Jahren gestalteten sich die Einnahmen und Ausgaben der Versicherung wie folgt:

Einnahmen:

	1926	1927
Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer	28 484 054	30 146 209
Staatsbeitrag	11 804 307	11 784 484
Beiträge der Ministräbediensteten	399 028	302 501
Soziale Einnahmen	23 821	11 363
Sammler	40 702 210	42 244 707

Ausgaben:

	1926	1927
Unterstützungen	50 201 758	36 747 420
Verwaltungskosten	4 881 086	4 820 172
Rückzahlungen an über 50- bzw. 60-jährige Personen	49 221	33 518
Entgelte für Vorschüsse	595 855	1 189 387
Andere Ausgaben und Rückzahlungen	102 573	207 492
Zusammen	55 889 493	42 977 924

Das Defizit betrug Ende 1926 22 827 274 Pfund Sterling und Ende 1927 23 580 491 Pfund Sterling.

Weitaus die meisten versicherten Personen bezahlen bei einem Anspruch ihre Unterstützung durch die örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweise. Das Gesetz läßt jedoch verschiedene Organisationen zu, die eine eigene Arbeitslosenunterstützung pflegen, denen zufolge diese Organisation auch die Auszahlung der öffentlichen Unterstützung an ihre Mitglieder besorgt. Sie haben die erforderlichen Betriebe vorzusezieren und bekommen sie sodann, zulässig eines Beitrages für Verwaltung, vom Arbeitsministerium zurückgestattet. Derartige Vereinbarungen bestanden Ende 1927 mit 145 Organisationen, deren Gesamtmitgliederzahl 1.042.500 betrug. Im Laufe des Jahres wurden neue Vereinbarungen wegen der zu erwartenden Änderung der hierauf bezüglichen gesetzlichen Vorschriften nicht getroffen.

In den Jahren 1925, 1926 und 1927 wurden an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt:

	Durch Arbeitsnachweise	Durch Organisationen
1925	42 732 725	3 089 804 Pfund Sterling
1926	45 683 986	4 517 772 Pfund Sterling
1927	34 591 625	2 155 795 Pfund Sterling

In diesen Summen sind sowohl die ordentliche Unterstützung wie die verlängerte Unterstützung (Notstandshilfe) und die Zuflunderstützung für Familienangehörige einbezogen.

Im Jahre 1927 wurden 3 367 108 Anträge auf Gewährung verlängerter Unterstützung gestellt. Die Arbeitslosenausschüsse stimmten in 412 547 Fällen der Gewährung der Unterstützung

Beilage zum Proletarier

Nummer 38

Hannover, 22. September 1928

37. Jahrgang

222 Aus der Industrie 222

Chemische Industrie

Die Geschichte einer Explosion.

Die Nachricht in der Tagespresse, daß auf dem Chemischen Werke Buckau eine Explosion stattgefunden habe, brachte mich am anderen Tage nach Gernheim. (Die Folge der Explosion war bekanntlich, daß einer der Betroffenen getötet wurde und zwei andere wahrscheinlich für ihr ganzes Leben Krüppel bleiben werden. Die beiden am schwersten Betroffenen sind Mitglied unserer Organisation, der dritte ist Mitglied des Holz- und Maschinen-Verbandes.)

Der Direktor des Werkes, noch bleich und sichtlich leidend von dem Schrecken und der Erregung der letzten Tage, begleitete mich zum Trümmerfeld. — Es war das bei einer Explosion übliche Bild. Von einem Teil der Fabrik war das Dach abgehoben und in die Luft geslogen, Mauern waren eingestürzt, eine Anzahl schwarzverkohlter, noch glimmender Balken lagen umher. All das zeigte von der ungeheuren Höhe und der Gewalt, die durch die Explosion verursacht wurde, und man wundert sich nur, daß nicht alle in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter sofort tot gewesen sind.

Auf meine Frage an den Direktor, worauf die Explosion zurückzuführen sei, kam die glatte Antwort: „Auf die leichtfertige Handlungsweise der betroffenen Arbeiter“, und wohl durch mein erstaunt fragendes Gesicht veranlaßt, dann die Fortsetzung: „Ich hoffe, daß die eingeleitete gerichtliche Untersuchung dieser meiner Ansicht beitreten wird.“

Dann folgende geschickliche Darstellung:

Der Betrieb soll in absehbarer Zeit vollständig stillgelegt und die Produktion nach einem der Gesellschaft gehörenden Werk in Mainz verlegt werden. Es sollte möglichst versucht werden, den Betrieb in Gernheim bis zur vollständigen Stilllegung ohne Produktionsstörungen durchzuführen. Der zum Sulfitsen gehörende Fuchs (etwa 80 Zentimeter im Durchmesser), in dem die Explosion stattfand, war bis auf etwa fünf Zentimeter zugeschlagen. Die Reinigung hätte eine mehrere Tage dauernde Stilllegung des Ofens veranlaßt. Um das zu vermeiden, versuchte der Direktor, der auch Chemiker ist, mit einem kleinen Wasserstrahl, ungefähr in der Dicke eines Fingers, die Masse, die etwa 800 Grad Wärme hielt, zu entfernen. Da dieses Bestreben nach längeren Versuchen keinen sichtlichen Erfolg brachte, stellte er seine Bemühungen ein mit der ausdrücklichen Weisung an die Arbeiter, diesen Versuch mit Wasser nicht weiter fortzuführen. Trotzdem sei dieser Versuch, und zwar mit größeren Wassermengen von den betroffenen Arbeitern unternommen worden, und dadurch das Unglück entstanden.

Als ich die Frage stellte, welches Interesse denn die Arbeiter an der Entfernung der Schlacken haben könnten, wurde erklärt: Der Ofen lieferte in den letzten Tagen etwa drei Prozent weniger als unter normalen Verhältnissen. Da die Arbeiter in einem sogenannten gemischten Prämienystem arbeiteten, teils Leistungs-, teils Ausbeuteprämie, hofften sie dadurch einen Schaden von etwa einer Mark pro Tag. Das wird von dem Direktor als Grund angenommen, weshalb die Arbeiter den mit so schweren Folgen begleiteten Versuch fortsetzen.

Diese Darstellung des Direktors wurde mir von der Betriebsvertretung der Arbeiterschaft im großen und ganzen bestätigt, nur wurde noch ergänzend hinzugefügt: Früher wurde der Fuchs alle drei bis vier Wochen gründlich gereinigt. Jetzt ist seit Ostern, also seit etwa einem halben Jahr, eine Reinigung nicht vorgenommen worden. Der zum Ofen gehörende Kühler ist schon seit einem Vierteljahr defekt und demzufolge nicht mehr in Benutzung. Der Schieber fehlt seit längerer Zeit vollständig.

Aus alledem geht hervor, daß die Absicht bestand, den heruntergewirtschafteten Betrieb, der ja in den nächsten Monaten sowieso stillgelegt werden sollte, bis zur vollständigen Unmöglichkeit der Produktion auszunutzen.

Wenn nun die Frage aufgeworfen wird, wer der Schuldige ist, so wollen wir der gerichtlichen Untersuchung nicht vorgreifen.

Doch drängen sich dem Gewerkschaftler unwillkürlich zwei Ursachen auf. Zunächst die eine, die im System liegt, unter möglichster Vermeidung von Betriebsstörungen und Unkosten eine möglichst hohe Produktion zu erzielen, selbst wenn dadurch eine gewisse Gefahr verbunden ist. Deshalb die Nichtreinigung des Fuchses, deshalb der immerhin doch gefährliche Versuch durch kleine Wassermengen die Schlacken abzusprengen, um dadurch die Produktion in Gang zu halten.

Und die andere Ursache? Im § 8 des Manufakturvertrages für die chemische Industrie steht: Wo Akkordarbeit Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter in sich birgt, darf sie nur mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft eingeführt oder aufrecht erhalten werden. Hier haben wir das klassische Beispiel, wie dieser Paragraph bewertet werden muß und welche Haltung unsere Betriebsvertretungen in solchen Fällen einzunehmen haben. Der Paragraph kann nicht so ausgelegt werden, daß durch die Arbeit selbst Gefahren für die Arbeiterschaft entstehen, sondern die Frage muß so gestellt werden, ob durch Akkord- oder Leistungsprämien, die ja dieselbe Wirkung ausüben, die Arbeiter nicht veranlaßt werden, die notwendigen Vorsichtsmassnahmen außer Acht zu lassen. Ohne Zweifel hätten die betroffenen Kollegen die Gefahr nicht herauftreten können, wenn sie nicht durch den drohenden Verlust von etwa sechs bis zehn Mark pro Woche dazu veranlaßt worden wären.

Es wird Aufgabe unseres Verbandes sein, mehr als bisher darauf zu achten, daß gerade dieser Passus im Vertrage mit der chemischen Industrie unbedingt Beachtung findet, damit nicht, in ähnlicher Weise, wie in Gernheim, Menschenleben zugrunde gerichtet werden.

L. Bruns.

Die Montecatini,
der größte Industriekonzern Italiens, hat ihre Zulassung an der Berliner Börse beantragt, nachdem die Einführung an der Amsterdamer Börse vor einigen Tagen erfolgt ist. Es lohnt, den Rahmen und den Entwicklungsgang dieser Gesellschaft, die größtenteils chemische Produkte erzeugt, unseren Kollegen näherzubringen. Dem Namen nach handelt es sich um eine Bergbaugesellschaft, der Produktion nach tritt jedoch der Bergbau zurück. Die Firma hat sich im Frühjahr 1928 durch Fusion elf andere Gesellschaften, vorwiegend chemischer Produktion, angeschlossen und damit ihren finanziellen und wirtschaftlichen Einfluß stark vergrößert. In Amsterdamer Bankkreisen hat man Vertrauen zu der Firma, denn die Emision von 5 Millionen Lire wurde erheblich überzeichnet.

Die Gesellschaft wurde im Jahre 1888 gegründet und hatte sich die Vermietung von Bodensäcken Italiens zum Ziel gesetzt. Dabei beschränkte sie sich nicht auf metallhaltige Mineralien, wandte ihr Augenmerk vielmehr auch der Gewinnung von Marmor und Braunkohle zu.

Die Pyritproduktion der Gesellschaft belief sich im Jahre 1927 auf 448 000 Tonnen, wozu noch 55 000 Tonnen aus der Produktion

der Entwicklung der Gesellschaft reicht zu einem Vergleich mit der deutschen J.-G. Farbenindustrie. Während die J.-G. Farbenindustrie von der Textilarbeitsschlacke ausgehend zu einem umfassenden Chemiebetrieb geworden ist, und sich Kohlegruben in großem Umfang als Rohstoffbasis angegliedert hat, kommt die Montecatini über den Erzbergbau zur chemischen Großindustrie. Wenn auch die Produktionsbasis und der Produktionserfolg beider Gesellschaften heute noch verschieden sind, weist die Entwicklung der Montecatini darauf hin, daß in Italien ein ähnlicher Chemiebetrieb in Bildung begriffen ist, wie die deutsche J.-G. Farbenindustrie. Nachdem dort die Produktion auch von Sprengstoff aufgenommen ist, die Stickstoffproduktion einen erheblichen Umfang erreicht hat und Schwefelsäure als Grundlage der gesamten chemischen Industrie in großem Ausmaß erzeugt wird, ist der Weg zur Weiterentwicklung zum allgemeinen Chemiebetrieb gekennzeichnet.

G. Haupt.

Fusion Neustadt-Friedrichshall A.-G. — Rhenania-Kunheim, Kalichemie A.-G.

In der Nr. 34 des „Proletariers“ haben wir bereits auf die bevorstehende Fusion von Neustadt und Rhenania-Kunheim hingewiesen. Die Verschmelzung ist am 6. September d. J. in den a. o. Hauptversammlungen der beiden Gesellschaften unter Ablösung der Liquidation von Rhenania-Kunheim mit Wirkung vom 1. Januar 1928 an beschlossen. Die Neustadt-Friedrichshall A.-G. erhält ihr Aktienkapital von 19,5 auf 32 Millionen Mk. Die bisherigen Aktionäre haben ein Bezugrecht im Verhältnis von 1:8 zum Kurs von 125 Prozent. Zehn Millionen Mk. werden zum Umtausch verwendet. Neustadt gibt den Aktionären von Rhenania-Kunheim den gleichen Nominalbetrag an Aktien der Neustadt mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1929 an. Die Aktionäre von Rhenania-Kunheim werden also voll abgedeckt. Nach den Berichten der Hauptversammlungen soll die Übernahme von Rhenania-Kunheim für die alte Firma keinen Untergang, sondern eine Weiterentwicklung bedeuten. Angeblich hätte man auch den Namen der alten Firma weitergeführt, doch habe man sich zur Vermeidung umständlicher Formalitäten entschlossen, die Firma in Zukunft Kalichemie A.-G. zu nennen.

Innerhalb der Kalimarkt sind die Vorgänge auf diesem Gebiet infolge von Bedeutung, daß hier Chemie ein bedeutend größeres Interesse entgegengebracht wird, als es noch vor einigen Jahren der Fall war. Nachdem die Kalimarkt A.-G. in ihrer diesjährigen Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals von 90 Millionen Mk. vorgenommen hat, wovon allein 80 Millionen Mk. für Neu- und Erweiterungsbauten der chemischen Betriebe der Kalimarkt verwandt werden sollen, bringt auch Neustadt der Chemie der Kalifalze erhöhtes Interesse entgegen.

Die Erhöhung des Aktienkapitals von Neustadt um 12,5 Millionen Mk. ist hauptsächlich zum Zwecke der Abfindung der Aktionäre von Rhenania-Kunheim und zum Bau einer Potaschefabrik vorgenommen. Ob es sich dabei um eine Erweiterung der bestehenden Potaschefabrik in Neustadt oder um einen Neubau handelt, entzieht sich unserer Kenntnis.

In produktionstechnischer Hinsicht ist die Verschmelzung auf dem Gebiete der Herstellung von Mischdünger zu suchen. Die Rhenania-Kunheim verfügt über 12 chemische Betriebe, in welchen hauptsächlich Rhenania-Phosphat erzeugt wird. Es wird jedoch auch Schwefelsäure, Natriumphosphat, Salzsäure, Soda, Bariumverbindungen und in geringem Umfang auch Ammoniumsulfat hergestellt. Die Neustadt-Friedrichshall A.-G. verfügt über 12 Bergwerke, wovon 3 für die Förderung von Kalisalzen und 2 Werke für die Förderung von Steinölz in Betracht kommen. Abgesehen von dem Kalibergwerk Siefeld, welches vorübergehend stillgelegt ist, sind die übrigen Kalibergwerke gemäß § 83a KKG, also bis zum Jahre 1953 stillgelegt. Neustadt hat außerdem 4 chemische Fabriken, in welchen Chlorate, Potassium-Chloratkum und Kalisulfat hergestellt werden. Die neue Gesellschaft, also die Kalichemie A.-G., verfügt damit über 3 Kalibergwerke, 2 Steinölzwerke und 16 chemische Fabriken. Es ist anzunehmen, daß nach der vollen Fusion eine weitere Zusammenlegung von Betrieben stattfinden wird.

Um dem Rhenania-Phosphat einen größeren Absatz zu geben, will die Kalichemie A.-G. einen neuen Mischdünger auf den Markt bringen; hierbei soll Phosphorsäure an Kalib gebunden werden.

Das ist nur der dritte Mischdünger, mit dem die Landwirtschaft begnügt werden soll. Als erste Firma brachte die J.-G. Farbenindustrie A.-G. vor einigen Jahren den Leumasalpeter auf den Markt. Ihm folgte Ende des Jahres 1926 das Nitrophoska. J.-G. Leumasalpeter ist ein Kalisalpeterdüngemittel, während Nitrophoska ein Volldünger ist. Im Nitrophoska ist Stickstoff und Phosphorsäure an Kalisalze gebunden. In Erkenntnis der Tatsache, daß in Zukunft der Mischdünger den Markt beherrschen wird, ist die Kalimarkt A.-G. ebenfalls zur Mischdüngersfabrikation übergegangen. Eine Fabrik in Sondershausen ist bereits soweit fertiggestellt, daß die Produktion in nächster Zeit in großem Umfang aufgenommen werden kann, während die zweite Fabrik im Bau begriffen ist. Die Kalimarkt A.-G. bringt ein Kalisalpeterdüngemittel, ähnlich dem Leumasalpeter, auf den Markt. Als nächste Firma kommt nun die Kalichemie A.-G. mit dem Phosphorkalidüngemittel.

Welcher von diesen Mischdüngern sich bei der Landwirtschaft einführen und den Markt behaupten wird, bleibt abzuwarten. Es ist eindeutig, daß hierbei die Preisfrage von entscheidender Bedeutung ist. Gleichzeitig darf aber der Vorsprung der J.-G. Farbenindustrie A.-G. auf diesem Gebiet nicht unterschätzt werden.

Wen in diesem Zusammenhang noch auf die Ausführungen des Generaldirektors Dr. Kort vom Burckhardtz in Bezug auf Bildung eines Syndikats für Kalinebeprodukte eingegangen werden darf, so dürfte unserer Auffassung nach dieses Problem jetzt und im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Kalimarkt nur von untergeordneter Bedeutung sein. Die neuen Wege der gesamten Kalimarkt führen zur chemischen Industrie.

Stilllegungen in der Lithoponeindustrie.

In Nr. 36 des „Proletariers“ hatten wir über Stilllegungen wegen verfehlter Wirtschaftsführung geschrieben und dabei auch die bedeutsame Stilllegung der Lithoponefabrik der Firma Sachsele in Schöningen erwähnt. Nach neueren Meldungen ist die Fabrik bereits am 1. September stillgelegt worden, nachdem die Lithoponefabrik der Farboerke G. m. b. H. Hönnigen, in den vergangenen Monaten verschrottet worden ist und die Chemischen Werke norm. a. G. Albert, Siegfried a. Wein, sich entzweit haben, die Fabrikation von Lithopone aufzugeben. Außerdem liegt die Lithoponefabrik der Aktiengesellschaft für chemische Industrie, Geisenkirchen-Schalke, mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von 7500 Tonnen bereits seit längerer Zeit still.

Wir dürfen alle diese Stilllegungen auf verfehlte Wirtschaftsführung zurückführen, denn es wird ausdrücklich behauptet, daß die Nachfrage nach Lithopone an und für sich nicht schlecht ist. Wir sagen also vor einem unsäbaren Rüttel, warum die Lithoponearbeiter aufs Straßenpfaster gesetzt worden sind. G. Haupt.

Lohndifferenzen in der Schweizer Linoleumindustrie.

In der Schweizer Linoleumfabrik Giubiasco (Kanton Tessin) hat unsere Brüderorganisation in der Schweiz der derzeitigen Werkleute die Fortsetzung unterblieben, einen Teil der Aktiengesellschaft für 50 Stundenlohn zu verrechnen. Es sollte auf diese Weise ein höherer Stundenlohn erreicht werden. Die jetzigen Stundenlohne betrugen für Arbeiter 70 bis 90 und für Arbeiterinnen 50 bis 50 Schweizer Cent. Die gestellte Forderung ist also nur minimal. Die Werkleitung erklärte jedoch, daß sie aus grundsätzlichen Gründen eine Lohnsteigerung ablehnen müßt. Sie ist aber bereit,

einem geringen Teil der Belegschaft eine Summe von 5 Centen zu geben und lehnt jede weitere Koncession ab.

Die Belegschaft des dortigen Betriebes will sich mit diesen paar Cent nicht absindern lassen, so daß die Gefahr der Arbeitsniederlassung für den Betrieb besteht. Es kommen rund 220 Arbeiter und Arbeiterinnen dafür in Betracht.

wg.

Eingangsbestrebungen in der deutschen Seifenindustrie.

In der letzten Zeit haben sich innerhalb der deutschen Seifenindustrie Bestrebungen nach strafferer Zusammenfassung geltend gemacht. Im Vergleich zu anderen Industrien, die seit Jahrzehnten zu festen Verbänden oder Interessengemeinschaften sich zusammengeschlossen haben, ist die deutsche Seifenindustrie noch stark zerstreut. Der Konkurrenzkampf der Betriebe untereinander hat zum großen Teil mit den Zusammenschlüssen verhindert. Im Nördner Wirtschaftsgebiet, wo ehemals sechs Seifensabrikate bestanden, sind vier davon stillgelegt, teilweise in Konkurs geraten, und die beiden anderen arbeiten nur noch mit fünf bis 12 Beschäftigten. Die Preiskriegswirkung sind die einzige Fabrik, die noch mit etwa 70 Beschäftigten die Fabrikation im großen betreibt.

In einzelnen Landesteilen Deutschlands sind Bestrebungen im Gange, lokale Zusammenschlüsse herzustellen, z. B. in Berlin, Bremen, Hamburg, Lübeck, Köln und in den Städten Süddeutschlands. Man versucht Preiskonventionen zu gründen, um die Konkurrenz unter den Fabriken anzugehen, bis jetzt mit wenig Erfolg, weil einige große westdeutsche Seifensabrikate Sonderbedingungen stellen, die anzunehmen anscheinend andern maßgeblichen Unternehmungen unmöglich erscheinen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen vor den Agitationsschichten gespannt werden. In der ersten Zusammenkunft in Hamburg wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten eine Höhe erreicht haben, die es notwendig macht, durch straffere Zusammenschlüsse den Forderungen der Gewerkschaften zu begegnen. Der Zusammenschluß ist auf den ersten Blick noch nicht gegückt, aber was nicht ist, wird noch werden. Die Unternehmer in der Seifenindustrie werden viel leichter die Vorteile der Organisationszugehörigkeit erkennen und die Form ihrer Organisation finden als die Arbeiterschaft. Diese Vorgänge fordern von der Arbeiterschaft sofortiges Handeln, um ihre Organisation auszubauen. Geschieht das nicht, dann ist sie nicht zur rechten Zeit gerüstet. Auch hier trifft der Satz zu: Erst rüsten, dann kämpfen. P. Hartwig.

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft 1927.

Dem kürzlich erschienenen Geschäftsbuch der erwähnten Berufsgenossenschaft für das Jahr 1927 seien folgende Zahlen und Angaben entnommen:

Der Versicherungssträger, der sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt, zerfällt in 11 Sektionen. In ihm sind hauptsächlich Holz- und Strohzellstoff-Fabriken, Papier- und Pappen-Fabriken und Holzsägereien versichert. Die Genossenschaft umfaßte im Berichtsjahr 1101 versicherte Betriebe. Die Zahl der Versicherten betrug 111 628 mit 215 285 200 Mk. umlagepflichtigen Löhnen. Die Zahl der versicherten Personen verteilt sich auf 23 freiwillig versicherte Unternehmer, 1099 freiwillig versicherte Beamte und Angestellte und 110 400 versicherungspflichtige Arbeitnehmer. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 99 750 (1 Vollarbeiter = 300 Arbeitsstage zu je 10 Arbeitsstunden). Interessant ist die Feststellung, daß auf den Kopf des Versicherten im Berichtsjahr 1929 Mk. Lohn entfallen. Im Jahre 1926 waren es 1811 Mk. und im Vorriegsjahr (1913) 1023 Mk. Die Aufwendungen der Genossenschaft im Berichtsjahr waren folgende:

Krankenbehandlung	155 479,22	Mk.
Heilanstaltspflege	158 389,22	Mk.
Gewährung der Pflege	3 773,73	Mk.
Renten an Verlehrte	1 840 276,42	Mk.
Absindungen an Verlehrte und Kranke	30 482,21	Mk.
Sterbegeld	9 090,72	Mk.
Renten an Witwen und Witwer	320 346,93	Mk.
Renten an Kinder	175 531,08	Mk.
Renten an sonstige Verwandte	13 537,27	Mk.
Absindungen an Hinterbliebene	6 799,75	Mk.
Ehemalige Witwenbeihilfen	5 850,86	Mk.
Unfallversicherung, Überwachung der Betriebe	65 363,77	Mk.
Verfahrenskosten	99 181,54	Mk.
Verwaltungskosten	306 287,36	Mk.

Die Verteilung dieser Ausgabenposten und ihr Verhältnis zueinander ist in mancherlei Beziehung interessant. Vor allen Dingen muß die Höhe der Verwaltungskosten ins Auge fallen. Die Verwaltungskosten haben rund dieselbe Summe verschlungen, wie für die gesamte Krankenbehandlung und Heilanstaltspflege zusammen aufgewendet worden ist. Verschwindend gering im Gegensatz zu den übrigen Ausgaben sind die Aufwendungen für Unfallversicherung und Betriebsüberwachung. Hoch ist wieder die Ausgabe für "Verschreibekosten". Diese Summe verteilt sich auf 80 897,49 Mk. für Unfalluntersuchung, Feststellung der Entschädigung und Überwachung der Reuteurempfänger, 14 560 Mk. Rechtsanwaltkosten für Streitfälle vor den Oberversicherungsämtern und 1008,57 Mk. für Verschreibekosten vor dem Reichsversicherungsamt. Die Umlage (Beitrags-)Berechnung schließt mit einem Soll von 3 869 549,76 Mk. ab. Einnahmen sind 101 865,28 Mk. vorhanden, so daß noch 3 767 735,48 Mk. als Beitragsleistung die verfügbaren Betriebe umgelegt werden müssen. Auf je 1000 Mk. Lohnsumme kommen Beiträge

bei den Holz- und Strohzellstoff-Fabriken 17,37 Mk.
bei den Papier- und Pappenfabriken 17,37 Mk.
bei den Holzsägereien 20,84 Mk.

Zum Ende des Berichtsjahrs hatte das Vermögen der Genossenschaft einen Bruchwert von 476 681,94 Mk. Der Aktienwert desselben betrug jedoch nur 297 082,50 Mk.

Ein besonderes Kapitel bilden die Betriebsausfälle und die von dem Versicherungssträger getroffene Maßnahmen zur Verhütung derselben. Zur Anzeige kommen insgesamt 11 742 Betriebsausfälle. Im Vorjahr waren es 10 171. Erstmalig entshädigt wurden im Berichtsjahr 924 Ausfälle (1928: 973). Todesfälle waren 67 zu vergleichen. (Im Vorjahr 85.) Gewerbliche Betriebsunfälle kommen 18 zur Meldung. Entschädigt wurde von diesen Fällen nur ein einziger. Auf je 1000 Versicherte entfallen:

	1927	1926
gesetzte Ausfälle	105,19	97,45
entshädigte Ausfälle	8,28	9,32
statische Ausfälle	0,99	0,81

Es ist hier also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle erheblich zugenommen hat. Die Zahl der erstmalig entshädigten Unfälle ist im Gegensatz hierzu zurückgegangen. Auf jugendliche Personen unter 18 Jahren entfallen 15 erstmalig entshädigte Unfälle (12 männliche und 3 weibliche). Völlige Erwerbsunfähigkeit hatten 2 Unfälle zur Folge, während 355 teilweise Erwerbsunfähigkeit nach sich zogen. Interessant ist auch die Feststellung des Unfallsatzes. Von den entshädigten Unfällen ergeben sich 15 am Sonntag, 138 am Montag, 159 am Dienstag, 153 am Mittwoch, 141 am Donnerstag, 162 am Freitag und 148 am Sonnabend. Bei 8 Unfällen läßt sich der Tag nicht genau feststellen. Betriebsrevisionen wurden 693 vorgenommen. Es wurden dadurch 63 Prozent der vorhandenen Betriebe besucht. Die Genossenschaft schreibt über die Revisionen: "Die planmäßigen Betriebsrevisionen wurden wie in den Vorjahren derart durchgeführt, daß jeder Betrieb spätestens alle zwei Jahre besichtigt wurde. Große Betriebe, oder solche, bei denen dies zweckmäßig erscheint, werden alljährlich oder mehrfach im Jahre aufgesucht. Ebenso geben besonders schwere oder bemerkenswerte Unfälle Anlaß zu besonderen Betriebsbesichtigungen." Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Zahl der beschäftigten Betriebe höher ist, als bei einer ganzen Reihe anderer Berufsgenossenschaften, so erscheint der in dem Bericht vertretene Standpunkt doch nicht richtig. Es müssen unserer Meinung nach die vorhandenen Betriebe nicht spätestens alle 2 Jahre, sondern mindestens regelmäßig jedes Jahr einer eingehenden Revision unterzogen werden. Interessant ist die Feststellung, daß nur 153 Revisionen keinen Anlaß zu Beanstandungen boten. In

527 Betrieben mußten nicht weniger als 33 333 Anordnungen getroffen werden. Diese Tatsache beweist besser und eindringlicher als alle Theorie die Notwendigkeit der sachgemäßen Betriebsbesichtigungen. Es ist eben nicht zu leugnen, daß die größte Zahl der Arbeitgeber einen Zwang braucht und nur mit Hilfe dieses Mittels die notwendigen Sicherungseinrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeitenden schafft. Dass es auch Ausnahmen gibt, davon zeugt folgender Satz des Berichtes: "Im Gegenteil bilden einzelne Betriebe darum, ihre Betriebe häufiger als vorgesehen zu revidieren, da es ihnen eine Beruhigung bietet, wenn ihre Betriebsanlagen und die von ihnen getroffenen Schutzmaßnahmen durch den Aufsichtsbeamten in kürzeren Zwischenräumen auf ihre Zweckmäßigkeit nachgeprüft werden." Leider enthält der Bericht keine Angaben darüber, ob diesem Wunsche auch wirklich Rechnung gebracht worden ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßten der Verwaltung der Genossenschaft die schwersten Vorwürfe gemacht werden. Die Revisionen selbst fanden unangemeldet statt und in der Regel unter Hinzuziehung des Betriebsunternehmers und von Mitgliedern des Betriebsrates. Der Bericht erwähnt, daß den Beanstandungen im allgemeinen bereitwillig nachgekommen worden ist, daß aber auch oft die Betriebe an die Auflistung der Mängel erinnert werden müssen. Das Verhalten der Versicherer den Unfallverhütungsbestrebungen gegenüber wird durch folgenden Satz kritisiert: "Ein gewisses Interesse für die Fragen der Unfallverhütung ist ja besonders bei älteren Arbeitern oftmals erkennbar, aber eine praktische Auswirkung im Betriebe läßt sich nur selten feststellen." Warum sich das Interesse nicht auswirken kann, wird leider nicht gesagt. Sollte die Schuld hieran allein an den Arbeitnehmern liegen? Der Bericht enthält dann weitere Angaben über die Art der angekroffenen Mängel, bespricht einzelne Betriebsunfälle usw. Weiter wird angeführt, daß die in den Betrieben vorhandenen Einrichtungen zu Maßnahmen für eine wirksame erste Hilfe im allgemeinen allen vollen Fortentwicklung genügen. Im Gegensatz zu anderen Berufsgenossenschaften, die fast restlos in ihren Berichten darüber klagen, daß bei den Lohnprüfungen stets erhebliche Fehler und nicht gemeldete Lohnsummen festgestellt werden, nehmen hierin die Arbeitgeber der Papiermacher-Berufsgenossenschaft scheinbar eine Ausnahmesstellung ein. Es heißt hierüber in dem Bericht: "Im Anhang zu die Betriebsrevisionen wurden vielfach Lohnprüfungen vorgenommen, die zu größeren Beanstandungen keine Veranlassung geben. Dass der Beitragszettel doch nicht ganz so klappi, erfährt man einige Seiten weiter. Es heißt da nämlich, daß noch 66 350,70 Mk. Unfälle und Rückstände der Umlage für 1926 vorhanden sind. Hierunter sind rund 4000 Mk. Beiträge vorhanden, die überhaupt uneinbringlich sind und die, wie man zu sagen pflegt, in den Schornstein geschrieben werden müssen. Zum Schlusse sei noch eine interessante Feststellung erwähnt, die ein klares Licht auf unsere heutige kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihren Fusionen und Vertriasungen wirft. Während im Jahre 1886 bei der Genossenschaft 1212 Betriebe mit 44 866 Versicherten gemeldet waren, waren es im Jahre 1927 nur 1101 Betriebe mit 111 628 Arbeitnehmern. Hier ist also die Entwicklung zum Großbetrieb klar erkennlich."

Al-2
Es ist hier also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle erheblich zugenommen hat. Die Zahl der erstmalig entshädigten Unfälle ist im Gegensatz hierzu zurückgegangen. Auf jugendliche Personen unter 18 Jahren entfallen 15 erstmalig entshädigte Unfälle (12 männliche und 3 weibliche). Völlige Erwerbsunfähigkeit hatten 2 Unfälle zur Folge, während 355 teilweise Erwerbsunfähigkeit nach sich zogen. Interessant ist auch die Feststellung des Unfallsatzes. Von den entshädigten Unfällen ergeben sich 15 am Sonntag, 138 am Montag, 159 am Dienstag, 153 am Mittwoch, 141 am Donnerstag, 162 am Freitag und 148 am Sonnabend. Bei 8 Unfällen läßt sich der Tag nicht genau feststellen. Betriebsrevisionen wurden 693 vorgenommen. Es wurden dadurch 63 Prozent der vorhandenen Betriebe besucht. Die Genossenschaft schreibt über die Revisionen: "Die planmäßigen Betriebsrevisionen wurden wie in den Vorjahren derart durchgeführt, daß jeder Betrieb spätestens alle zwei Jahre besichtigt wurde. Große Betriebe, oder solche, bei denen dies zweckmäßig erscheint, werden alljährlich oder mehrfach im Jahre aufgesucht. Ebenso geben besonders schwere oder bemerkenswerte Unfälle Anlaß zu besonderen Betriebsbesichtigungen." Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Zahl der beschäftigten Betriebe höher ist, als bei einer ganzen Reihe anderer Berufsgenossenschaften, so erscheint der in dem Bericht vertretene Standpunkt doch nicht richtig. Es müssen unserer Meinung nach die vorhandenen Betriebe nicht spätestens alle 2 Jahre, sondern mindestens regelmäßig jedes Jahr einer eingehenden Revision unterzogen werden. Interessant ist die Feststellung, daß nur 153 Revisionen keinen Anlaß zu Beanstandungen boten. In

527 Betrieben mußten nicht weniger als 33 333 Anordnungen getroffen werden. Diese Tatsache beweist besser und eindringlicher als alle Theorie die Notwendigkeit der sachgemäßen Betriebsbesichtigungen. Es ist eben nicht zu leugnen, daß die größte Zahl der Arbeitgeber einen Zwang braucht und nur mit Hilfe dieses Mittels die notwendigen Sicherungseinrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeitenden schafft. Dass es auch Ausnahmen gibt, davon zeugt folgender Satz des Berichtes: "Im Gegenteil bilden einzelne Betriebe darum, ihre Betriebe häufiger als vorgesehen zu revidieren, da es ihnen eine Beruhigung bietet, wenn ihre Betriebsanlagen und die von ihnen getroffenen Schutzmaßnahmen durch den Aufsichtsbeamten in kürzeren Zwischenräumen auf ihre Zweckmäßigkeit nachgeprüft werden." Leider enthält der Bericht keine Angaben darüber, ob diesem Wunsche auch wirklich Rechnung gebracht worden ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßten der Verwaltung der Genossenschaft die schwersten Vorwürfe gemacht werden. Die Revisionen selbst fanden unangemeldet statt und in der Regel unter Hinzuziehung des Betriebsunternehmers und von Mitgliedern des Betriebsrates. Der Bericht erwähnt, daß den Beanstandungen im allgemeinen bereitwillig nachgekommen worden ist, daß aber auch oft die Betriebe an die Auflistung der Mängel erinnert werden müssen. Das Verhalten der Versicherer den Unfallverhütungsbestrebungen gegenüber wird durch folgenden Satz kritisiert: "Ein gewisses Interesse für die Fragen der Unfallverhütung ist ja besonders bei älteren Arbeitern oftmals erkennbar, aber eine praktische Auswirkung im Betriebe läßt sich nur selten feststellen." Warum sich das Interesse nicht auswirken kann, wird leider nicht gesagt. Sollte die Schuld hieran allein an den Arbeitnehmern liegen? Der Bericht enthält dann weitere Angaben über die Art der angekroffenen Mängel, bespricht einzelne Betriebsunfälle usw. Weiter wird angeführt, daß die in den Betrieben vorhandenen Einrichtungen zu Maßnahmen für eine wirksame erste Hilfe im allgemeinen allen vollen Fortentwicklung genügen. Im Gegensatz zu anderen Berufsgenossenschaften, die fast restlos in ihren Berichten darüber klagen, daß bei den Lohnprüfungen stets erhebliche Fehler und nicht gemeldete Lohnsummen festgestellt werden, nehmen hierin die Arbeitgeber der Papiermacher-Berufsgenossenschaft scheinbar eine Ausnahmesstellung ein. Es heißt hierüber in dem Bericht: "Im Anhang zu die Betriebsrevisionen wurden vielfach Lohnprüfungen vorgenommen, die zu größeren Beanstandungen keine Veranlassung geben. Dass der Beitragszettel doch nicht ganz so klappi, erfährt man einige Seiten weiter. Es heißt da nämlich, daß noch 66 350,70 Mk. Unfälle und Rückstände der Umlage für 1926 vorhanden sind. Hierunter sind rund 4000 Mk. Beiträge vorhanden, die überhaupt uneinbringlich sind und die, wie man zu sagen pflegt, in den Schornstein geschrieben werden müssen. Zum Schlusse sei noch eine interessante Feststellung erwähnt, die ein klares Licht auf unsere heutige kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihren Fusionen und Vertriasungen wirft. Während im Jahre 1886 bei der Genossenschaft 1212 Betriebe mit 44 866 Versicherten gemeldet waren, waren es im Jahre 1927 nur 1101 Betriebe mit 111 628 Arbeitnehmern. Hier ist also die Entwicklung zum Großbetrieb klar erkennlich."

Al-2
Es ist hier also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle erheblich zugenommen hat. Die Zahl der erstmalig entshädigten Unfälle ist im Gegensatz hierzu zurückgegangen. Auf jugendliche Personen unter 18 Jahren entfallen 15 erstmalig entshädigte Unfälle (12 männliche und 3 weibliche). Völlige Erwerbsunfähigkeit hatten 2 Unfälle zur Folge, während 355 teilweise Erwerbsunfähigkeit nach sich zogen. Interessant ist auch die Feststellung des Unfallsatzes. Von den entshädigten Unfällen ergeben sich 15 am Sonntag, 138 am Montag, 159 am Dienstag, 153 am Mittwoch, 141 am Donnerstag, 162 am Freitag und 148 am Sonnabend. Bei 8 Unfällen läßt sich der Tag nicht genau feststellen. Betriebsrevisionen wurden 693 vorgenommen. Es wurden dadurch 63 Prozent der vorhandenen Betriebe besucht. Die Genossenschaft schreibt über die Revisionen: "Die planmäßigen Betriebsrevisionen wurden wie in den Vorjahren derart durchgeführt, daß jeder Betrieb spätestens alle zwei Jahre besichtigt wurde. Große Betriebe, oder solche, bei denen dies zweckmäßig erscheint, werden alljährlich oder mehrfach im Jahre aufgesucht. Ebenso geben besonders schwere oder bemerkenswerte Unfälle Anlaß zu besonderen Betriebsbesichtigungen." Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Zahl der beschäftigten Betriebe höher ist, als bei einer ganzen Reihe anderer Berufsgenossenschaften, so erscheint der in dem Bericht vertretene Standpunkt doch nicht richtig. Es müssen unserer Meinung nach die vorhandenen Betriebe nicht spätestens alle 2 Jahre, sondern mindestens regelmäßig jedes Jahr einer eingehenden Revision unterzogen werden. Interessant ist die Feststellung, daß nur 153 Revisionen keinen Anlaß zu Beanstandungen boten. In

527 Betrieben mußten nicht weniger als 33 333 Anordnungen getroffen werden. Diese Tatsache beweist besser und eindringlicher als alle Theorie die Notwendigkeit der sachgemäßen Betriebsbesichtigungen. Es ist eben nicht zu leugnen, daß die größte Zahl der Arbeitgeber einen Zwang braucht und nur mit Hilfe dieses Mittels die notwendigen Sicherungseinrichtungen für Leben und Gesundheit der Arbeitenden schafft. Dass es auch Ausnahmen gibt, davon zeugt folgender Satz des Berichtes: "Im Gegenteil bilden einzelne Betriebe darum, ihre Betriebe häufiger als vorgesehen zu revidieren, da es ihnen eine Beruhigung bietet, wenn ihre Betriebsanlagen und die von ihnen getroffenen Schutzmaßnahmen durch den Aufsichtsbeamten in kürzeren Zwischenräumen auf ihre Zweckmäßigkeit nachgeprüft werden." Leider enthält der Bericht keine Angaben darüber, ob diesem Wunsche auch wirklich Rechnung gebracht worden ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so müßten der Verwaltung der Genossenschaft die schwersten Vorwürfe gemacht werden. Die Revisionen selbst fanden unangemeldet statt und in der Regel unter Hinzuziehung des Betriebsunternehmers und von Mitgliedern des Betriebsrates. Der Bericht erwähnt, daß den Beanstandungen im allgemeinen bereitwillig nachgekommen worden ist, daß aber auch oft die Betriebe an die Auflistung der Mängel erinnert werden müssen. Das Verhalten der Versicherer den Unfallverhütungsbestrebungen gegenüber wird durch folgenden Satz kritisiert: "Ein gewisses Interesse für die Fragen der Unfallverhütung ist ja besonders bei älteren Arbeitern oftmals erkennbar, aber eine praktische Auswirkung im Betriebe läßt sich nur selten feststellen." Warum sich das Interesse nicht auswirken kann, wird leider nicht gesagt. Sollte die Schuld hieran allein an den Arbeitnehmern liegen? Der Bericht enthält dann weitere Angaben über die Art der angekroffenen Mängel, bespricht einzelne Betriebsunfälle usw. Weiter wird angeführt, daß die in den Betrieben vorhandenen Einrichtungen zu Maßnahmen für eine wirksame ersten Hilfe im allgemeinen allen vollen Fortentwicklung genügen. Im Gegensatz zu anderen Berufsgenossenschaften, die fast restlos in ihren Berichten darüber klagen, daß bei den Lohnprüfungen stets erhebliche Fehler und nicht gemeldete Lohnsummen festgestellt werden, nehmen hierin die Arbeitgeber der Papiermacher-Berufsgenossenschaft scheinbar eine Ausnahmesstellung ein. Es heißt hierüber in dem Bericht: "Im Anhang zu die Betriebsrevisionen wurden vielfach Lohnprüfungen vorgenommen, die zu größeren Beanstandungen keine Veranlassung geben. Dass der Beitragszettel doch nicht ganz so klappi, erfährt man einige Seiten weiter. Es heißt da nämlich, daß noch 66 350,70 Mk. Unfälle und Rückstände der Umlage für 1926 vorhanden sind. Hierunter sind rund 4000 Mk. Beiträge vorhanden, die überhaupt uneinbringlich sind und die, wie man zu sagen pflegt, in den Schorn

1928 betrug dersebe 3.744.000 Tonnen. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß sich dieselben in den letzten Jahren nicht wesentlich vermehrt haben. Nach Schätzung von Fachleuten wird die Mehrerzeugung vom letzten Jahre ebenfalls im Mehrverbrauch aufgenommen werden, so daß trotz der erheblichen Steigerung sich der Verbrauch immer der Erzeugung angepaßt hat. Der Zucker ist immer mehr zu einem Massenkonsumartikel geworden; seine Machtkraft wird von immer weiteren Kreisen erkannt. Interessant ist gleichfalls, wie hoch der Zuckerverbrauch in den einzelnen Ländern pro Kopf ist. Auch hierfür einige Stichproben:

Es verbrauchen pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm: Hawaii 90,3, Australien 53,8, Neuseeland 51,4, Vereinigte Staaten 50,9, Dänemark 49,6, Kubá 45,5, Portorico 42,9, Kanada 41,7, Groß-Britannien 41, Demerara 36,7, Irland 34,7, Schweiz 33,9, Rumänien 33,3, Schweden 32,7, Argentinien 31,9, Holland 31,6, Fidschi-Inseln 31,2, Norwegen 29,3, Surinam 28,6, Chile 27,8, Liechtenstein 26,7, Österreich 26,6, Belgien 24,1, Deutschland 24. Dann folgen die übrigen Staaten mit einem geringeren Verbrauch als Deutschland. Es verbrauchen z. B. Estland, Finnland, Lettland etwa über 20 Kilogramm pro Kopf, Frankreich 19,8 Kilogramm. Den geringsten Zuckerverbrauch haben China mit 1,9 Kilogramm, Mosambik mit 1,8 Kilogramm und Angola mit 0,5 Kilogramm pro Kopf und Jahr.

Danach steht Deutschland mit seinem Zuckerverbrauch bei sämtlichen Staaten der Welt an 24. Stelle. Unter den europäischen Staaten nimmt Deutschland im Zuckerverbrauch die 11. Stelle ein. Weit über ihm steht auch hier Dänemark mit einem doppelten Verbrauch. Erschöpft ist der Mehrverbrauch auch in der Schweiz, in Schweden, in Irland, in Holland und in Groß-Britannien. Der Zuckerverbrauch in Deutschland ist aber seit 1901 bedeutend gestiegen. Wir verbrauchten 1901 = 13,7 Kilogramm, 1912 = 21,3 Kilogramm und 1928 = 24 Kilogramm. Im Jahre 1927/28 ist eine weitere Verbrauchssteigerung zu erwarten. Im Interesse der Volksernährung ist es zu wünschen, daß diese Verbrauchssteigerung weiter anhält, denn Zucker ist ein wichtiges Nahrungsmittel. E. S.

Einfuhr von Ölsoßen und Ölen im ersten Halbjahr 1928.

Die deutsche Ölindustrie ist bei ihrem Rohstoffbezug fast ausschließlich auf die Einfuhr von Ölsoßen angewiesen, da die deutsche Ölsoffproduktion so gering ist, daß sie gegenüber der Verarbeitung kaum ins Gewicht fällt. Die Einfuhr der Ölsoßen und -früchte gibt uns daher gleichzeitig die Möglichkeit, den Stand der deutschen Ölindustrie beurteilen zu können. Vergleichen wir die Einfuhrzahlen der für die Ölindustrie in erster Linie in Frage kommenden Soßen und Früchte für die beiden ersten Halbjahre 1927 und 1928, dann erhalten wir folgendes Bild:

Einfuhr an Ölsoßen in Doppelzentner.

	1927	1928
Kaps, Röbben	107 834	99 364
Cens	28 022	28 512
Sonnenblumenfamen	5 028	52 998
Erdnüsse, ungeschält	2 046 977	3 527 105
Erdnüsse, geschält	21 782	58 452
Gesam	2 092 669	2 446 086
Leinöl, Leinmehl	95 402	16 280
Bamwollöle	2 373 847	4 837 877
Sojabohnen	1 048 695	1 373 242
Kopra	865 850	734 409
	9 286 103	12 672 325

Nach obiger Aufstellung sind im ersten Halbjahr 1928 12 672 325 Doppelzentner-Ölsoßen eingeführt gegen 9 286 103 Doppelzentner im ersten Halbjahr 1927. Das bedeutet eine Einfuhrsteigerung von annähernd 3,4 Millionen Doppelzentner gegenüber dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres. Da die Eigenproduktion in Deutschland sehr gering ist, die Ausfuhr von Ölsoßen ebenfalls, so kann angenommen werden, daß die Ölindustrie im ersten Halbjahr 1928 annähernd 3,4 Millionen Doppelzentner mehr Soßen verarbeitet hat als 1927. Die Gesamtausfuhr von 1927 betrug 19 279 947 Doppelzentner, so daß die Einfuhr im ersten Halbjahr 1927 nicht ganz die Hälfte der Gesamtausfuhr erreichte. Nehmen wir an, daß sich die Einfuhr und die Verarbeitung im zweiten Halbjahr 1928 ebenso entwickelt wie im zweiten Halbjahr 1927, dann könnten wir in diesem Jahre mit einer Mehrverarbeitung von rund 6 Millionen Doppelzentner gegenüber dem Vorkriegszeitpunkt rechnen. Die Ölindustrie hat sich also im Jahre 1928 bislang mit ihrer Verarbeitung glänzend entwickelt.

Wie steht es nun mit der Produktionsentwicklung der Industrie gegenüber 1913. Im Jahre 1913 wurden insgesamt rund 17 Millionen Doppelzentner Ölsoßen eingeführt. Die einheimische Produktion fiel auch damals schon fast gar nicht ins Gewicht. Die Ausfuhr ebenfalls nicht. Es kann also gerechnet werden, daß die Ölindustrie im Jahre 1913 diese 17 Millionen Doppelzentner verarbeitet hat. Am ersten Halbjahr 1928 betrug die Verarbeitung aber bereits über 12,5 Millionen Doppelzentner. Lagen wir die Hälfte der Jahresverarbeitung von 1913 zugrunde, die rund 8,5 Millionen Doppelzentner betrug, dann steht die Industrie heute mit ihrer Verarbeitung weit über der Verarbeitung der Vorkriegszeit. Die Aufstellung zeigt aber ferner, daß bei der Saateneinfuhr auch in diesem Jahre eine weitere wesentliche Verschiebung bei den einzelnen Sorten eingetreten ist. So wurden z. B. im ersten Halbjahr 1927 rund 2,6 Millionen Doppelzentner Erdnüsse eingeführt, während die Einfuhr im ersten Halbjahr 1928 3,5 Millionen Doppelzentner überschreitet. Ähnlich so liegt das Verhältnis bei den Sojabohnen. Hier betrug die Einfuhrmenge im ersten Halbjahr 1927 über 2,3 Millionen Doppelzentner, im ersten Halbjahr 1928 über 4,8 Millionen Doppelzentner. Es werden also hervor, das zeigt auch diese Aufstellung wieder, ganz andere Sozialarten in erster Linie zu Öl verarbeitet als in der Vorkriegszeit.

Die Ölsoße betrug im ersten Halbjahr 1927 427 854 Doppelzentner, im ersten Halbjahr 1928 398 250 Doppelzentner. Die Einfuhr ist also um rund 118 000 Doppelzentner zurückgegangen. Die Ausfuhr an Olen betrug im ersten Halbjahr 1927 332 530 Doppelzentner, die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1928 beträgt über 622 670 Doppelzentner. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt, daß die Ölsoße wesentlich zurückgegangen, die Olsoße aber beinahe auf das Doppelte gegenüber dem Vorkriegszeitpunkt gestiegen ist. Das Resultat dieser kurzen Betrachtung ist demnach folgendes:

Die deutsche Ölindustrie hat sich im ersten Halbjahr 1928 bei ihrer Produktion sehr günstig entwickelt; sie hat nicht nur das Jahr 1927, sondern auch die Produktion von 1913 weit überschritten. Die Industrie klägt bislang über die Auslandskonkurrenz. Die Ölsoße- und -ausfuhr zeigt, daß sie immer mehr den Inlandsmarkt zurückerober und dazu die Ausfuhr bedeutend steigert. Die Ölsoßenfabriken können mit der Entwicklung des ersten Halbjahres 1928 zufrieden sein. Hoffentlich denken sie auch daran, daß sie diesen weiteren Fortschritt zu einem erheblichen Teile der Leistung ihrer Arbeiterschaft verdanken.

E. S.

Verschiedene Industrien

Die tschechoslowakische Spielwarenindustrie.

Die Spielwarenindustrie in der Tschechoslowakei ist nicht neu. Sie ist ähnlich der des deutschen Erzgebirges und des Thüringer Waldes ausgebaut. Das trifft vor allen Dingen zu auf die Form, nicht auf die Produktion der Ware. Die Industrie hat in neuerer Zeit den Übergang einiger Firmen zu fabrikmäßigen Unternehmungen zu verzeichnen, der Charakter als Hans- und Handelsindustrie ist aber trotzdem gewahrt. Die Beibehaltung dieser Betriebsform ist in der Art der erzeugten Spielwaren begründet. Es werden in der

Hauptstädte Holzspielwaren hergestellt. Als größtes Produktionsgebiet für Holzspielwaren kommt das böhmische Erzgebirge in Frage. Karlsbadenberg mit den Orten Brandýs, Grünthal, Obergrönthal und Böhmisches Einviertel im oberen Erzgebirge bildet den Mittelpunkt für eine größere Anzahl von Erzeugungsstätten. Es werden dort in der Hauptstadt flache Holzspielwaren in der Hausindustrie hergestellt. In Göttendorf, Hallitz und Tatsching werden gedrechselte Holzspielwaren hergestellt. Im unteren Erzgebirge, in der Hauptstadt Görlitz, werden ebenfalls Holz- und Musikspielwaren hergestellt. Als solche kommen in Frage Kindergesellen, Kinderklötze, Kinderzähne, Holzkompeten sowie musikalische Scherz- und Suppenlöffel. In neuerer Zeit werden in dieser Gegend auch Kinderinstrumente aus Blech und Messing hergestellt. Befolgt zu dieser Fabrikation sind zwei maschinell arbeitende Groß- und eine Reihe kleinerer Betriebe.

Neben der Holzspielwaren- und Blechspielwarenindustrie in der Tschechoslowakei werden in Prag und Eger Puppen hergestellt. Die Puppenherstellung erstreckt sich auf solche aus Papiermaché und Zelluloid, wie Filz usw. Neben Prag kommen für die Puppen- und Tierspielwarenproduktion wie Stoßtiere, Stoßpuppen usw. die Orte Wilenstein, Franzenthal, Silberbach, Teplitz und Holzbach in Frage. Im Gablonzer Bezirk werden auch Kinderholzwaren aus Glas hergestellt.

Der Außenhandel in der Spielwarenindustrie der tschechoslowakischen Republik hat sich so entwickelt, daß im Vergleich zur Vorriegszeit in der Einfuhr ein beträchtlicher Rückgang und in der Ausfuhr eine erhebliche Steigerung vor sich gegangen ist. Im Vergleich mit der deutschen Ausfuhr von Spielwaren und der Spielwarenproduzierenden Länder steht die tschechoslowakische Industrie an zweiter Stelle hinter Deutschland. Im Jahre 1926 hat die tschechoslowakische Spielwarenindustrie für 13 207 000 Kronen an Spielwaren ein- und für 28 899 000 Kronen ausgeführt. 1925 war die Einfuhr einige 100 000 Kronen höher und die Ausfuhr um 3,5 Millionen Kronen niedriger. Die Ein- und Ausfuhrzahlen der einzelnen Spielengarten, die nur für das Jahr 1925 vorliegen, sind in nachfolgender Übersicht dargelegt:

	Einfuhr: Ausfuhr:
Spielwaren aus Papier und Pappe	32,2 5,5
Spielwaren aus weichem Kautschuk, einschl. Bälle	24,9 1,6
Holzspielwaren	14,8 66,7
Spielwaren aus Zelluloid	12,5 1,5
Spielwaren aus Stein, einschl. Steinbanketten	0,8 0,1
Spielwaren aus Porzellan, einschl. Puppenköpfe	5,7 0,2
Spielwaren aus Eisen und unedlem Metall	18,1 24,4

Als wichtigste Einfahrländer vor Spielzeug in die Tschechoslowakei kommen Deutschland, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Ungarn und Italien in Frage. Deutschland hat 1926 für 9 457 289 Kronen Spielwaren eingeführt. Die übrigen Länder zusammen für 3 373 491 Kronen. Die Absatzgebiete für die tschechoslowakische Spielwarenindustrie liegen sich auf Nordamerika, England, Deutschland, Österreich, Frankreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Australien, Niederlande und Jugoslawien.

Wie für die deutsche Spielwarenindustrie, so ist auch für die tschechoslowakische Nordamerika das wichtigste Absatzgebiet. Vor allem trifft das auf die Produktion der tschechischen Holzspielwaren zu.

Ein weiteres wichtiges Absatzgebiet für die tschechische Holzspielwarenindustrie ist England mit seinen Kolonien. Wie in der Tschechoslowakei hergestellten minderwertigen Blechspielwaren werden ebenfalls von England gekauft.

Nach Dr. Rudolf Maurecker hat die Ausfuhr der tschechischen Spielwarenprodukte nach Deutschland sich in den Jahren 1923 bis 1925 mehr als vervielfacht. Deutschlands Spielwarenausfuhr in die Tschechoslowakei konnte sich während dieser Zeitperiode vervielfachen. Das trifft der Mensch nach zu dem Werte nach. Nachtrag die Deutsche Ausfuhr von Spielwaren nach der Tschechoslowakei erhebt die Ausfuhr von Spielwaren aus der Tschechoslowakei nach Deutschland. Während die tschechische Industrie nach Deutschland in der Hauptstadt nur billige Holzspielwaren lieferte, nach die Tschechoslowakei aus Deutschland hochwertige, mechanische Spielsachen einführen.

Nach der Statistik hat Deutschland 1925 nach der Tschechoslowakei folgende Spielwarenarten ausgeführt:

Spielwaren aus Papier	2 233 603 Kronen
Kinderbücher	245 593 Kronen
Puppen und Spielwaren aus Papier	284 287 Kronen
Kinderspielwaren aus Kautschuk	370 380 Kronen
Gummibälle	478 435 Kronen
Spielwaren aus Zelluloid	1 412 079 Kronen
Spielwaren aus Stein	13 096 Kronen
Steinbanketten	90 573 Kronen
Spielwaren aus Porzellan	160 000 Kronen
Puppenköpfe und Porzellan	594 848 Kronen
Spielwaren aus Blech	2 176 923 Kronen
Spielwaren aus unedlem Metall	171 687 Kronen
Spielwaren aus rohem Holz	21 682 Kronen
Holzspielkarten, lackiert und bemalt	334 775 Kronen
Spielwaren in Verbindung mit seltsamen Metallen	582 117 Kronen
Spielwaren in Verbindung mit seltsamen Metallen	2 945 Kronen

Über die Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiter der Spielwarenindustrie in der Tschechoslowakei ist zu sagen: Die Arbeitszeit in der Betriebsproduktion beträgt möglicherweise 48 Stunden; in der Heimproduktion ist sie höher, da eine gesetzliche Kontrolle nicht vorhanden ist.

Die durchschnittlichen Arbeitsstunden betragen in der Betriebsproduktion bei Frauen 110 bis 150 Kronen, bei Männern 150 bis 200 Kronen pro Woche. Über den Verdienst der Heimarbeiter konnten Gewebe nicht festgestellt werden. Es wird vermutet, daß es Heimarbeiter gibt, deren Löhne mit denen der Betriebsarbeiter auf einer Höhe stehen. Dieser soll auch darüber hinaus verdient werden. Der größte Teil der Heimarbeiter soll aber sehr weit unter den Betriebsarbeitsstunden erzielen werden.

H. Eislein.

Frauenfragen.

Die Ansprüche der Krankenversicherer auf Wochenhilfe.

Weibliche Versicherer, wenn sie in den letzten beiden Jahren mindestens 300 Tage Krankenkassen angehört, von von 180 Tage in das letzte Jahr fallen müssen, erhalten an

Wochenhilfe:

1. die Entbindungs kosten;
2. Wochengeld;
3. Städtgeld.

Zu den Entbindungs kosten rechnen nicht nur die Forderungen der Hebammen, sondern auch die Arztkosten sind von der Krankenkasse zu bezahlen, wenn ärztliche Hilfe bei der Entbindung nötig war. Außerdem sind die Auslagen für Verbandstoffe, Medikamente und andere kleinere Heilmittel von der Krankenkasse zu erstatten. Erforderlich ist, daß sich die Versicherer vor der Niederkunft mit ihrer Krankenkasse in Verbindung setzen, um sich wegen der Übernahme aller entstehenden Kosten bei der Entbindung zu informieren.

Außerdem kostet, die die Krankenkasse an die Hebamme resp. an den Arzt zahlt, hat die Krankenkasse noch einen ei-

maligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung in Höhe von zehn Mark zu entrichten.

Das Wochengeld wird für 71 Tage gezahlt, soweit in der Sitzung der Krankenkasse die Bezugsdauer nicht verlängert ist. Die Wöchnerin hat nicht erst nach der Entbindung den Anspruch auf Wochengeld, sondern kann ihn schon vier Wochen vor dem geplante machen. Es ist zweckmäßig, der Krankenkasse eine Bescheinigung der Hebamme oder der Säuglingsfürsorge stelle vorzulegen, aus der hervorgeht, daß die Entbindung in vier Wochen stattfinden wird, damit die Krankenkasse die Unterstiftung zahlen kann.

Stellt die Versicherer sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ein und beschreibt der Arzt, daß innerhalb dieses Zeitraums die Entbindung stattfindet, so hat die Krankenkasse bereits für diese Zeit das Wochengeld zu zahlen; eine Rechnung auf das Wochengeld für 71 Tage kommt jedoch, wie in jedem Fall, nur für die vier Wochen vor der Niederkunft in Frage.

Städtgeld wird für 85 Tage gezahlt. Voraussetzung ist, daß die Wöchnerin das Kind stillt. Dies ist dann von der Hebamme oder von der Säuglingsfürsorge stelle zu bestätigen.

Nicht nur die männlichen Versicherer, sondern auch die Chefsäufen der Versicherer erhalten Wochenhilfe, soweit die Chefsäufen nicht auf Grund eigener Versicherung Anspruch auf Wochenhilfe haben. Die Unterstiftung für Familienangehörige hinsichtlich der Entbindungs kosten ist die gleiche wie bei den männlichen Versicherern. Das Wochengeld beträgt bei der Familienvorschau täglich 0,50 RM. und wird für 71 Tage gezahlt. Es kann durch die Säugung erhöht werden. Städtgeld wird für 85 Tage mit täglich 0,25 RM. gewährt, wenn das Kind gestillt wird. Dies muß auch für diese Fälle von der Hebamme oder Säuglingsfürsorge stelle bestätigt werden.

Arbeiter- und Arbeiterversicherung.

Gesundheitspflege und Lichtbild.

Es ist selbstverständlich, daß das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden bei der

behauptet, „der Staatsräson“ Achtung verschaffen zu müssen und hat ein Ultimatum gestellt, nach dessen Verlauf sie staatliche Gewalt anwenden will. Dreht es sich doch auch hier um ein recht materielles Interesse der Regierung, sie will eben mehr Steuern aus den armen Dauern herausfordern.

Was den Streikfall verschärmt, ist, die Indiau erkennen den „Staat“ der fremden Eroberer nicht an, sie verlangen immer lauter das Recht der Selbstbestimmung und erheben die Forderung: Indien dem Indiau! So sind dort alle Klassenkämpfe notwendigerweise nationale Kämpfe...

Es wird vielfach behauptet, die unbeschreibliche Armut der Indiau werde durch religiösen Wahn und alte Traditionen, die das Licht der Welt schauen, gewaltig verschärmt. Der Indiau, der an der Seelenwanderung mit religiöser Inbrunst festhält, glaubt, die Seelen Verlobter wandern in das Innere des Hörnchens, weshalb die Seele als heilig angesehen wird. Andererseits wird mit dem Radreit der größte Unsinne getrieben. Er wird in der elenden Lehmküche als Brennmaterial aufbewahrt, ist also so eine Brutstätte für Ungeziefer und Krankheiten. Anträge der Regierungsstellen zur Belieferung von Feuerungsholz werden als unrichtig abgelehnt. Man berechnet, daß zwei Drittel aller Stühle wenig oder gar keine Milch liefern können, da sie ausgehungert und zu alt sind. Die Ochsen sind zu alt und als Zugtiere unbrauchbar. Abschlachten der Tiere gilt aber als schwere Gottesträgerung. Da der Radreit der Feuerung benutzt wird (Kunstländer ist unbekannt), fehlt es an Dünger, was das Land ertragarm macht. Dadurch steigt die Not ins Unerdliche. Auch das Fleisch kann nur sehr mangelhaft gefüttert werden. Das durch alle diese Dinge die Verküpfung ausstieß sinken muß, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Die moderne Arbeitersbewegung, die frühzeitig den Ruf nach Aufklärung und Bildung ertönen ließ, ist Gegner solcher Zustände. Sie hält an dem Grundsatz fest: Den Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Universum des Massen.

Das indische Proletariat bedarf der Hilfe der europäischen Arbeitersbewegung, und der KPD muss alles anstreben, um in engster Füllung mit der indischen Arbeitersbewegung zu bleiben. Er muß das treibende Rad werden, um so dem Kampf der indischen Arbeiter ein Ziel zu geben.

Nach den neuesten Nachrichten haben sich die Führer der No-Tax-Bewegung (Steuererweiterung) dem Willen der Regierung unterworfen, und die Steuerentreibung wird um ihren gewöhnlichen Gang nehm. Man will allerdings „Milch“ wachsen lassen. Ein Fortschritt ist zu verzeichnen; früher wurden die Steuern mit der Peitsche eingeklebt, jetzt wird dieses Mittel nicht mehr angewandt. Die Regierung will sogar Fälle von Härte untersuchen lassen, was allerdings ein sehr magerer Trost ist. B. Weingarth.

Berichte aus den Zahlstellen.

Lögerdorf. Kommunistische Erfolge. Aus der Zahlstelle Lögerdorf ging der Redaktion des „Proletariers“ folgendes Schreiben zu:

Entschließung.

Die Mitglieder des KPD. Lögerdorfs sind nach Kenntnisnahme des Berichts vom Verbundstag durch den Kollegen Schweizer folgender Auffassung:

Der Verbundstag hat für die Kollegenschaft des KPD. keine Menschenwerken und praktischen Richtlinien und Ziele festgelegt, im Gegenteil, wir müssen feststellen, daß z. B. das Schlichtungssystem und damit die Freiheit der Arbeiter beibehalten wird.

Auch auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik, wo doch angesichts der überhandnehmenden Nationalisierung die Heraushebung der Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden als zukünftige Richtschnur bei den Lohnverhandlungen dienen sollte, vermüssen die Lögerdorfer Arbeiter die Wahrnehmung ihrer Interessen.

Die Mitglieder Lögerdorfs lehnen die Wirtschaftsdemokratie ab und sind der Meinung, daß ihre Interessen nur wahrgenommen werden können auf dem Boden des Klassenkampfes.

Deshalb lehnen die Lögerdorfer Mitglieder die Vereinführung von Unterschätzungen ab und fordern nach wie vor den Ausbau der Organisation.

Zus dieser Entschließung spricht leider nicht die Urteilsfähigkeit, die man jedem gewerkschaftlich Organisierten wünscht. Was soll man dazu sagen, wenn erklärt wird, der Verbundstag habe keine praktischen Richtlinien gezeigt. Kennen die Lögerdorfer Mitglieder nicht unser Verbundskatolik und die praktische Tagesarbeit der Organisation? Sollen wir etwa wie die KPD. alle Tage neue Parolen ausspielen? Kann etwa der Verbundstag das Schlichtungswesen befehligen? Selbst wenn er es gewollt, er dürfte es nicht im Interesse der Arbeiterschaft. So einfach wie für die KPD. ist diese Frage für uns nicht. Wir können nicht mit demagogischen Schlagwörtern operieren. Das gilt auch bezüglich der Arbeitszeit. Wir alle wissen, daß die Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit bedingt. Wir wissen aber auch, daß wir sie schriftlich erkämpfen müssen, gewerkschaftlich und politisch, und am ehesten Demogoge kann behaupten, der Verbund für diesbezüglich nicht, was in seiner Macht liegt. Es ist zum Jammern, wenn Arbeiter die Wirtschaftsdemokratie, also das Rückständigsein, recht in der Wirtschaft, nicht wollen. Dass die Lögerdorfer Mitglieder die Juvaldeunterstützung ablehnen, klingt revolutionär, aber nicht krieg. Das ganze Jahr führt der Verbund Kämpfe, und die Lögerdorfer Mitglieder müssen das anscheinend nicht, denn sie glauben, unser Verbund würde erst zur Kampforganisation ausgebaut werden.

Wir wissen, wie solche Entschließungen zustande kommen. Sie sind ein Produkt der KPD. Schweizer hat in Lögerdorf die Aufgabe, die Mitgliedschaft gegen ihre eigene Organisation zu hegen, sie kommunistisch zu erziehen. Solchen Leuten muß das Handwerk gezeigt werden. Von unserer alten Mitgliedschaft in Lögerdorf hätte man erwarten, daß sie sich gegen den in der Entschließung niedergelegten Unfug und Unfug wehrt.

Kundschau.

Klassenkämpfer mit Messer und Schlagring.

Unter „T“ ag der KPD. hat das mit der KPD. „Imperialistische“ Hanaburger Kampfproletariat, das aus den Schlägernkämpfern hervorgeholte Verbrechergesindel, Klassenkämpfer markiert. Während des Gewerkschaftskongresses hat die KPD. mit den Klassischen wiederholst systematisch den Angriff mit Waffen auf die Klassengenossen organisiert. Am 1. September überfielen die Kommunisten unsere demonstrierten Jugendlichen und verwundeten einige so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Am 4. September verletzte die KPD. unsere demaskierenden Sportgenossen zu überfallen. Bei der Festnahme einziger der KPD.-Helden stellte sich heraus, daß einer dieser bekannten „Führer“ mit einer Tüte Pfeffer ausgerüstet war. Das fortwährende bloße Gefüret der KPD.-Truppen „Nieder, wieder!“ sollte wohl anzeigen, daß die KPD. die niedrigste Gefinnung repräsentiert.

Als auf dem Gewerkschaftskongress gegen die Verbrechen der KPD. der Hanaburg „Verbrechergesindel“ sei, da erklärte der Delegierte und Kommunist Karath als „Streitgeist“. Ich bin sehr daran, zu diesem Verbrechergesindel zu gehören.“ Daraus auf dem Gewerkschaftskongress saß drei vierzig

100 Kommunisten gewesen, dann hätte möglicherweise der geistige Kampf mit Messer und Schlagring draußen in den Straßen seine strategische Ergänzung im Kongressaal erfahren. Unständige Arbeiter haben mit der KPD. nichts zu tun.

Händewaschen.

Von Dr. med. Charlotte Schröck (Berlin).

Nicht eindringlich genug kann man immer und immer wieder zum Händewaschen auffordern. Gewiß, es gibt eine große Anzahl Menschen denen es selbstverständlich ist, sich die Hände nicht nur morgens und abends, sondern auch vor jeder Mahlzeit und bei jeder sich sonst bietenden Gelegenheit zu waschen. Auch an solche, die also mein Aufruf ihrer Meinung nach nichts angeht, wende ich mich, und zwar mit der Aufforderung, zur Verbreitung der von ihnen geliebten guten Sitte beizutragen.

Zur gründlichen Reinigung der Hände benötigt man warmen Wassers, Seife, Nagelbürste, Nagelfeile, Handtuch. Es versteht sich von selbst, daß es von der Beschäftigungsart abhängt, wann und wie oft man diese gründliche Reinigung vornimmt. In vielen Fällen genügt auch kaltes Wasser, und es ist auch in Ermangelung von Seife immer noch besser, die Hände abzuspülen als auch das zu unterlassen. Auf einer Wanderung z. B. ist es nicht nur erfrischend, sondern auch gleichzeitig reinigend, die Hände gendwo in fließendes Wasser zu tauchen, um sie von Schweiß und Staub zu befreien.

Wirklich gesäubert aber können die Hände nur werden, wenn man die oben genannten Hilfsmittel benutzt. Anhaftende Schmutzteilchen, Bakterien, Keime können nur mit Seife entfernt werden, wobei der Prozeß der Verseifung und der mechanische Einfluß des Reibens sowie die Einküllung der zu entfernenden Stoffe durch den Seifenscham durch die Seife spielen.

Die Sitte, mit irgendwelchen Instrumenten das Essen zum Munde zu führen (Gabel oder Löffel bei den meisten Kulturstölkern, Stäbchen bei den Chinesen) ist nicht aus ästhetischen, sondern aus hygienischen Gesichtspunkten heraus entstanden. Man willt und will soviel wie möglich vermeiden, die Hände mit dem Essen in Verführung zu bringen. Was nicht nur beim Essen selbst, sondern in strengstem Maße auch beim Zubereiten der Mahlzeiten zu beachten ist. Hausfrauen und deren Helferkräfte in der Küche sollen nie an die Vorbereitung der Mahlzeiten gehen, ohne unmittelbar zuvor die Hände gründlich zu reinigen! Gewiß wird durch den Kochprozeß mancher Krankheitserreger und mancher Schmutz gemiseriert, umwickelt für unseren Körper, vorhanden ist er doch noch endlich verarbeitet und in irgendeiner Form wieder ausgeschieden werden. Beim Röhren von Obst, Salat, Gemüse, was ich — nebenbei gesagt — für sehr wichtig halte, ist Waschen und immer wieder Waschen sehr wesentlich.

Zum Schluß noch ein Wort: Verlassen Sie nie eine Toilette, ohne sich die Hände gewaschen zu haben! Geben Sie in Ihrem Hause jedem, auch dem Gast, Gelegenheit, diese selbstverständliche Handlung vornehmen zu können, ohne ihn erst um Wasser, Seife, Handtuch bitten zu lassen. Diese Waschgelegenheit muß in jeder Wohnung gebrauchsfertig sein. Und fehlt der Platz im Klosett Raum selbst, so richten Sie eine Waschgelegenheit im Vorräum, im Bad oder in der Küche ein, die jederzeit genau so zugänglich ist wie das Klosett! Ein Bedürfnis des Körpers bedingt das andere.

In Lokalen verlangen Sie Waschgelegenheiten, wo keine sind! Gibt es welche, so sollte man es grundsätzlich ablehnen, diesen Beimischung extra zu bezahlen. Händewaschen gehört unlosbar zur Benutzung der Toilette, und es muß durch ganz allgemeine Forderung darauf gedrängt werden, daß das Händewaschen in Lokalen keine Geldfrage sein kann und darf. Kostet die Benutzung der Toilette 10 oder 20 Pfennig — schlimm genug! Dann aber durch den Hinweis „Händewaschen 20 Pfennig“ zu einer Ausgabe von 30 bis 40 Pfennig für ganz selbstverständliche Bedürfnisse gezwungen zu sein und dies womöglich mehrmals am Tage und bei einer größeren Familie in 2-facher Auflage, muß auch sehr gepflegt und saubere Menschen verstimmen.

Darum: Fangen Sie bei sich zu Hause an, und wir werden es auch in Lokalen, Theatern usw. erreichen, daß das Händewaschen keine Kostenfrage und überhaupt keine Frage mehr ist.

Die Kinderarbeit in China.

In der amerikanischen Zeitschrift „The Work To-Morrow“ (Die Welt von Morgen) schildert ein Mitarbeiter seine Eindrücke aus einer chinesischen Baumwollfabrik in Wuhang im Jiangsekt, die er im Monat Juni dieses Jahres besichtigt hat. Es handelt sich um die größte Baumwollfabrik Chinas, die 9000 Arbeiter, zum größten Teil Kinder, beschäftigt. Die Kinder sind gewöhnlich 8, 9 bis 10 Jahre alt, kaum daß man ihre Köpfe hinter den Spinnereimaschinen sehen kann. Die Kinder arbeiten stehend von früh um sechs bis neunmalz um sechs, am Mittag essen sie ihren Reis stehend bei den Maschinen. Da die Maschinen nie stillstehen dürfen, werden sie auch während der Mittagspause von Kindern, die gerade mit dem Essen fertig sind, angeschafft und bedient. Die Kinder erhalten als Tageslohn 20 bis 30 Cent.

Ahnlich war es vor noch nicht hundert Jahren auch in unserer rheinischen Textilindustrie.

Was den Rad-Weltmeister um den Siegespreis gebracht hat.

Darüber wußte Diogenes in der „Sportlichen Wochenblatt“ des „Magdeburger Generalanzeigers“ unlängst das folgende zu berichten: Als der Radweltmeister Binda, der die Fahrt „Rund um Köln“ gewann, in der klassischen Fernfahrt seiner italienischen Heimat Mailand-San Remo wieder nur Zweiter werden konnte, trotzdem er sich auf das sorgfältigste gerade für dieses Rennen vorbereitet hatte, suchten seine zahlreichen Freunde und Anhänger nach den Gründen seiner unerwarteten Niederlage. Er sollte eine zu hohe Überzeugung gewußt, den Gegner unterdrücken haben zw. Binda schafft alle Entschuldigungs- und Beschönigungsversuche selbst ab, indem er erstaute, daß nur er den wahren Stand habe: „Auf der

letzten Verpflegungsetappe habe er sich die Flasche mit Wein gefüllt und nach der Steigung von Capo Berla, wo er sämtliche Gegner abhängte, einige Schlucke davon getrunken. Nach wenigen Minuten habe es ihm wie Blitzen in den Beinen gelegen, und als der Endspurt kam, sei er einfach nicht imstande gewesen dem Vorstoß seines Nebenbüters Girardengo Widerstand entgegenzusetzen.“

Alkohol- und Nährwertgehalt des Bieres.

Es gibt immer noch genug Menschen, die nur Wein und Schnaps zu den alkoholischen Getränken rechnen. Vom Bier glaubt man vielfach, daß es nur eine Spur Alkohol enthalte, die im Organismus des Menschen gar nicht zur Wirkung komme. Wie falsch diese Auffassung ist, lehrt schon ein Blick in das Bierland Bayern, wo — nach einem Ausspruch Professor Kraepelins — nicht weniger Alkoholtrinken und Alkoholsucht als in Schnapsgegenden.

Die Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus hat kürzlich mehrere Biersorten chemisch untersucht lassen. Dabei fand sich folgender Alkoholgehalt: Großerjan Toppelsbier 1,4 Prozent, Engelhardt Caramell-Maizbier 1,7 Prozent, Berliner Weißbier 2,6 Prozent, Schultheiss-Paizenhofer (hell) 3,4 Prozent. Da gewöhnlich mehrere Glas Bier getrunken werden, nimmt der Körper, besonders beim Vollbier, durchaus nicht unschädliche Alkoholmengen auf.

Jene Untersuchungen erstreckten sich auch auf den Nährwert des Bieres. Wie vorauszusehen war, hatten die alkoholschwachen, künstlich mit Zucker versehenen Maizbiere mehr Nährstoffe als die gewöhnlichen Biersorten. Aber auch deren Nährwert war, wenn man von der Verbrennungswärme des Alkohols absieht, so unbedeutend, daß eine Scheibe Brot von 50 Gramm zum Preise von 2 Pf. oder 200 Gramm Milch zum Preise von 6 Pf. als mindestens ebenso nahrhaft anzusehen sind wie eine Flasche Bier.

Literarisches.

„Die Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bezugspreis monatlich 1 RM. Das Septemberheft enthält Aufsätze von M. Heydemann, Bürgermeister Strobel, Viktor Berisch, Georg Landgraf und Gehauer (Danzig). Es ist wieder sehr viel Material in diesem Heftchen zu finden. Eine reichhaltige Rundschau beschließt das empfehlenswerthe Heft.

„Die Gesellschaft“, internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Dr. Rud. Hilferding. Das Septemberheft ist soeben erschienen. Es enthält viele interessante Aufsätze: Krieg, Friede und Kapitalismus von Wolfgang Schwarz; Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda von Dr. Eckert Kehr; Kartellrecht und Juristendog von Fritz Naphtali; Der industrielle Vormarsch der Vereinigten Staaten von Vladimir Wolkonsky; Deutschland und Osteuropa von Dr. G. Bienstock. „Die Gesellschaft“ erscheint monatlich im Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 RM.

„Die öffentliche Verwaltung“ wird als Kritikenproblem jährlich in Nr. 8 der „Gemeinwirtschaft“ behandelt. Außerdem bringt dieses Heft neben einem Nachruf für Heinrich Kaufmann noch selbständige Aufsätze über „Weiter oder roter Sozialismus“ und „Gesellschaftsorganisatorische Wandlungen in der Konsumgenossenschaftsbewegung“. Daneben enthält diese Nummer unter den Überschriften Genossenschaftsbewegung, Gemeinde- und Staatswirtschaft, Geldwirtschaft, Sozialwirtschaft, Aus Parlament und Presse, von Tagungen, Notizen und Besprechungen eine umfassende und gründliche Umschau vom gemeinschaftlichen Gebiet. Für jeden an der gemeinschaftlichen Bewegung Interessierten ist diese Zeitschrift außerordentlich wertvoll. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 Mk. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post- und Btxkette beim Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf (Thür.). Probenummern umsonst vom Verlag.

Henny Schuhmacher: Aus dem Leben eines Arbeiterskindes. Band 9 der Jugendbücher der Neuen Gesellschaft. 112 S. auf holzfreiem Papier. Kart. 0,70 Mk. Ganzleinenband 1,75 Mk. Dieses Buch ist ein Bekennnis von der Art proletarischen Lebens und von den Leiden proletarischer Kindheit. Selbst erlebtes und dichterisch Erschautes vereinen sich hier zu einer erstaunlichen Darstellung, die als Anklage wirkt.

Worbeis dauernde Gesetzesammlungen. Band Arbeitsrecht von Dr. Franz Goettig, 976 Seiten DIN A 5 (Loeselblattbuch). Preis in Leinendecke 12,50 Mk. Verlag Friedrich A. Worbe in Leipzig C 1, Blumengasse 18. Schon seit vielen Jahren hat sich das Bedürfnis gezeigt, die gültigen arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen in einer besonderen Sammlung zusammenzufassen, aber vielfach waren schon bei Erscheinen Nachträge und Berichtigungen erforderlich. Es ist deshalb ein Fortschritt, daß der Verlag Worbe die vorliegende Sammlung als technisch wohlgefügtes Loeselblattbuch herausgibt und die punktliche Lieferung von Erschließern bei eintretenden Änderungen verspricht. In elf Sachkapiteln ist das Material übersichtlich zergliedert. Drei sehr ausführliche Register (nach der Zeitschrift, nach Sachgruppen und nach dem Alphabet) erleichtern die Benutzung.

Joseph Weisbart: Die Geschichte einer Erziehung. Mit Zeichnungen von Max Graeser. 114 S. 1,40 Mk. Ganzleinenband 2,40 Mk. Im Verlag der Neuen Gesellschaft (Berlin-Hessenwinkel). Der Verfasser schildert das Ringen des Kindes und heranwachsenden Knaben mit der Lebensführung, der Religion; die Freundschaft und Feindschaft mit den Eltern, Lehrern, Kameraden, mit Tieren. Er nimmt aus den eigenen Erfahrungen heraus die Stellung zur Prügelstrafe, zur geschlechtlichen Aufklärung und vielen anderen Dingen. Er zeigt, wie fruchtbar auch schon manchmal ist, aber doch von gutem Willen beeinflußte Erziehung wirken kann, so daß schließlich der Erzogene, ohne es zu wissen, anfängt, seine Erzieher zu erziehen.

Von der bekannten Sammlung „Wie habe ich mir selbst?“ liegt der Doppelband 227/28 „Klein auf komobil (Cyclecar)“ mit zahlreichen Abbildungen und Plänen von Ing. Rich. Hofmann vor. Der Preis beträgt für jedes Heft der Sammlung 0,80 Mk. Ausführliche illustrierte Verzeichnisse verhindert der Verlag von Hermann Beier, Leipzig C 1, umsonst.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 187. Die September-Nummer bringt wiederum einige interessante Artikel, und zwar: Dr. med. Neubauer (Hamburg). Der Wert der Gymnastik für die Frauen; Dr. Leo Blumenthal (Berlin-Charlottenburg). Die Krankheiten des Kindes; Dr. H. Hoche (Berlin-Lichtenberg). Der Arzt im Alltag. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Verkäufern unentgeltlich ausgetauscht.